

# Arbeit & Wirtschaft



## Da läuft was schief

*Während viele in der Pandemie in die Armut stürzen, vermehren Überreiche in dieser Sekunde ihr Vermögen. Wenn es einen Zeitpunkt für Veränderung gibt, dann jetzt.*

### Wieder nichts gelernt? / 6

Lektionen verfehlter Krisenpolitik  
– doch Österreich ignoriert sie

### Let the Rich pay for COVID / 26

Warum Millionärssteuern  
jetzt überfällig sind

## #4



**MICHAEL MAZOHL** CHEFREDAKTEUR  
**ANJA MELZER** CHEFIN VOM DIENST  
**THOMAS JARMER** ART DIRECTOR & LAYOUT  
**MARKUS ZAHRADNIK** FOTOS  
**MIRIAM MONE** ILLUSTRATIONEN  
**WOLFGANG DORNINGER** LEKTORAT  
**SONJA ADLER** SEKRETARIAT

**Mitarbeiter\*innen dieser Ausgabe**

Sonja Adler, Wolfgang Dorninger, Beatrice Frasl, Johannes Greß, Peter M. Hoffmann, Julia Hofmann, Thomas Jarmer, Markus Marterbauer, Michael Mazohl, Anja Melzer, Miriam Mone, Brigitte Pellar, Eva Reisinger, Alexandra Rotter, Felix Schmidtnr, Matthias Schnetzer, Stephan Schulmeister, Christian Domke Seidel, Barbara Teiber, Christina Weichselbaumer, Alexia Weiss, Markus Zahradnik

**Redaktion Arbeit&Wirtschaft**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222  
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

**Redaktionskomitee**

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

**Herausgeber**

Bundesarbeitskammer  
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 und  
 Österreichischer Gewerkschaftsbund  
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes  
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1  
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793  
 zeitschriften@oegbverlag.at  
 www.oegbverlag.at

**Hersteller**

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG  
 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21

**Verlagsort** Wien**Herstellungsort** Neudörfel**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Johannes Bagga, Daniel Kern  
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at  
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. MwSt.)  
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. MwSt.)  
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto  
 für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen  
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. MwSt.)

**Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25**

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung  
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655  
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,  
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

**Ausgewählte Mitwirkende dieser Ausgabe****BEATRICE FRASL****PODCASTERIN & AUTORIN**

Beatrice zählt zu den bekanntesten feministischen Podcasterinnen im deutschsprachigen Raum („Große Töchter“). Daher hat sie nicht nur ein Interview für dieses Heft beigelegt, sondern das Ganze auch gleich in eine tolle Podcast-Folge für Arbeit&Wirtschaft verwandelt.

**FELIX SCHMIDTNER****FREIER JOURNALIST**

Dürfen wir vorstellen:

Das ist unser neuer Autor Felix.

Wenn er nicht gerade recherchiert, wie man Hyperreiche besteuern könnte, beschäftigt er sich mit den molekularen Grundlagen psychischer Erkrankungen in seinem Masterstudium der Molekularen Biologie.



Auch für diese Ausgabe war **Eva Reisinger** wieder als Reporterin unterwegs. Sie traf eine Reihe unterschiedlicher und sehr interessanter Menschen, die wegen Corona plötzlich in die Armut abzurutschen drohten. **Ab S. 12!**

# Reichtum und andere Irrtümer



**ANJA MELZER**  
**MICHAEL MAZOHL**  
REDAKTION

Wer kennt das nicht? „Reich ist man erst dann, wenn man sich bei der Bilanz um einige Millionen irren kann, ohne dass es auffällt.“ Das sagte einst der amerikanische Öl-Tycoon Jean Paul Getty. Im Jahr 1966 galt er als der reichste Mann der Welt – mit einem Vermögen von etwa 1,2 Milliarden US-Dollar. Umgerechnet sind das heute etwa 7,4 Milliarden US-Dollar. Damit wäre Getty heute in keinem Forbes-Ranking überhaupt im vorderen Feld vertreten. Sein damaliges Vermögen entspricht vielmehr etwa jenen Milliarden, um die sich Amazon-Gründer Jeff Bezos oder Tesla-Gründer Elon Musk in ihren Bilanzen versehentlich irren könnten, ohne dass es ihnen wirklich auffällt.

Getty ist ein schönes Beispiel dafür, wie die Vermögenskonzentration seit den sechziger Jahren zugenommen hat. Zufällig ist es nicht, dass parallel dazu eine Ideologie ihren Siegeszug durch Ökonomie, Politik und Popkultur angetreten hat, für die Verteilungsgerechtigkeit kein zentrales Anliegen darstellt, für die soziale Schieflagen Teil ihres Systems sind und die skrupellos den Rechtspopulismus instrumentalisiert: der Neoliberalismus. Unter anderem darüber haben wir für diese Ausgabe mit dem Ökonomen und Kulturwissenschaftler Walter Ötsch gesprochen. Wir haben uns angesehen, wie Reichtum in unserem Land verteilt ist und wieso Vermögen eigentlich nicht längst (wieder) besteuert werden. Wir haben aber auch Leuten zugehört, die unverschuldet und unabsehbar durch die Pandemie in Existenznöte gestürzt sind. Und analysiert, warum das sehr oft Frauen trifft, die auch schon vor der Krise strukturell benachteiligt waren, wenn man auf Einkommen und Vermögen blickt. Und wir haben den Bogen über Österreich hinaus gespannt, bis nach Brüssel und Portugal, und Erwartungen an den EU-Sozialgipfel eingeholt.

Langsam wird es ernst, wenn es um die Krisenkosten geht. Oder darum, welcher Kurs weiter eingeschlagen werden soll – was haben wir etwa aus den Folgen der Austeritätspolitik der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 gelernt? Bald könnten aus eher akademischen Verteilungsdiskussionen realpolitische Verteilungskämpfe werden. Dazu sagte Jean Paul Getty übrigens: „Die Sanftmütigen werden die Erde besitzen – aber nicht die Schürfrechte.“ ▶

**Unseren Arbeit&Wirtschaft-Podcast zur aktuellen Ausgabe finden Sie unter [www.arbeit-wirtschaft.at/podcast](http://www.arbeit-wirtschaft.at/podcast)**

# Inhalt

## NEUE MITTELSCHICHT, ODER WAS?

**12** In der Corona-Krise erwischt es plötzlich Menschen, die vorher nie damit in Berührung gekommen waren: Armut. Wir haben mit drei Betroffenen über ihre finanziellen Sorgen gesprochen und darüber, wie sich echte Existenzängste anfühlen.

## WENN NEOLIBERALISMUS SPALTET

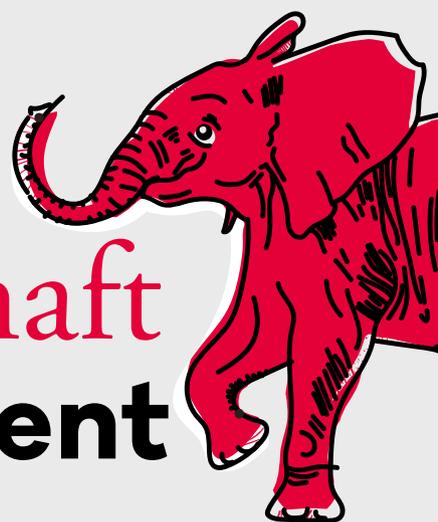
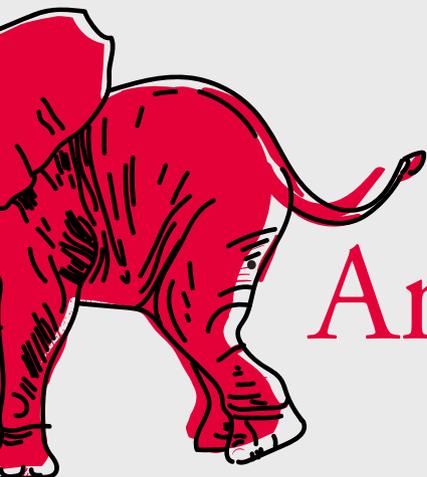
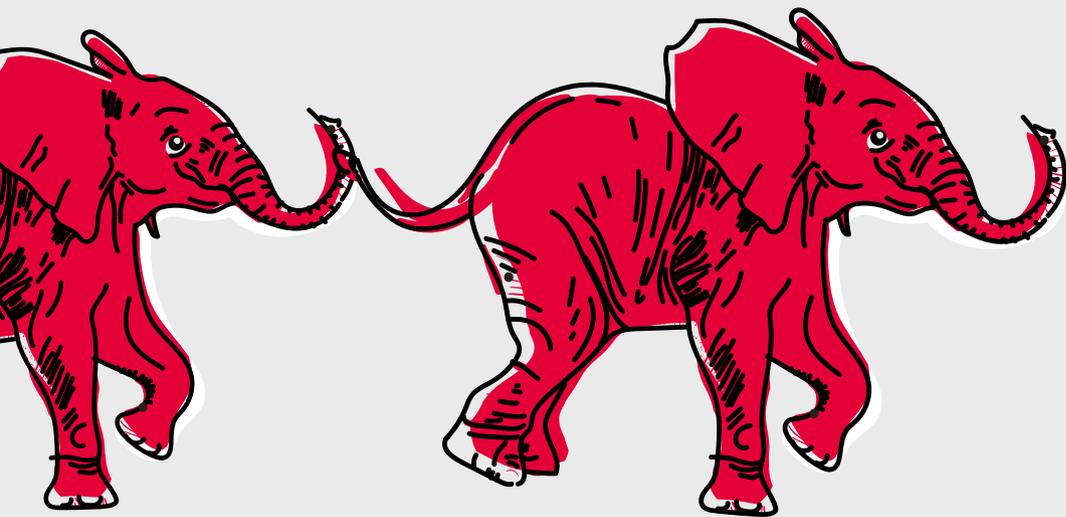
**20** Wozu führt das, wenn politische Inhalte gar nicht mehr diskutiert werden? Und wie wirkt sich die Rolle des Neoliberalismus eigentlich auf die globale Krisenbewältigung aus? Der Linzer Ökonom und Kulturhistoriker Walter Ötsch im Interview.

## ÜBERREICHE IM GELDREGEN

**32** Es gibt nicht nur Krisenverlierer\*innen und Pleiten, sondern genauso immense Krisengewinner\*innen – auch in Österreich. Deren Vermögen vergrößert sich gerade immer weiter – und damit auch die soziale Kluft in der Gesellschaft. Was tun?

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Wieder nichts gelernt?</b>                                 | <b>6</b>  |
| Über die Narben einer verfehlten Krisenpolitik                |           |
| <b>Wie können wir Österreich gerechter machen?</b>            | <b>15</b> |
| Die „große Frage“ beantwortet von Stephan Schulmeister        |           |
| <b>Wer hat, dem wird gegeben</b>                              | <b>16</b> |
| Warum Reichtum hierzulande so ungleich verteilt ist           |           |
| <b>Wem gehört Österreich?</b>                                 | <b>24</b> |
| Die größten Grundbesitzer des Landes auf einen Blick          |           |
| <b>Let the Rich pay for COVID</b>                             | <b>26</b> |
| Alles, was man zu Millionärssteuern wissen muss               |           |
| <b>Das Private ist politisch</b>                              | <b>30</b> |
| Im Gespräch mit der feministischen Ökonomin Katharina Mader   |           |
| <b>Wie fair findet Österreich die Vermögensverteilung?</b>    | <b>35</b> |
| Ein Expert*innen-Beitrag auf dem A&W-Blog                     |           |
| <b>Kein Ende bei der Dividende</b>                            | <b>36</b> |
| Manche Konzerne schütten heuer sogar Rekorddividenden aus     |           |
| <b>Wofür kämpft ihr im Aufsichtsrat während der Pandemie?</b> | <b>39</b> |
| Drei Betriebsrät*innen berichten                              |           |
| <b>Zusammen ist man weniger allein</b>                        | <b>40</b> |
| Was Betriebsrät*innen im Aufsichtsrat bewirken                |           |
| <b>... nur müsst' man dann besser verteilen</b>               | <b>44</b> |
| Über die historische Aufgabe der Gewerkschaften               |           |
| <b>Besser mit Betriebsrat als ohne</b>                        | <b>46</b> |
| Das letzte Wort hat GPA-Vorsitzende Barbara Teiber            |           |





# Arbeit&Wirtschaft Abonnement

Reihen auch Sie sich ein – und abonnieren Sie die Arbeit&Wirtschaft. Wir liefern Hintergründe zu Politik, Arbeitswelt sowie Wirtschaft aus dem In- und Ausland. Unser Magazin erscheint **zehn Mal im Jahr** und kostet im **Jahresabonnement 20 Euro** – für Lehrlinge, Student\*innen und Pensionist\*innen gibt es Ermäßigungen.

Denn die Wirtschaft, das sind wir alle.

[www.arbeit-wirtschaft.at/abo](http://www.arbeit-wirtschaft.at/abo)

f t i y /AundWMagazin  
[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)



# Wieder nichts gelernt?

*Die Narben einer verfehlten Krisenpolitik infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 sind in einigen EU-Staaten bis heute sichtbar. Die Europäische Union scheint daraus gelernt zu haben – nur die österreichische Regierung lässt diese Chance bis dato ungenutzt.*

TEXT JOHANNES GRESS

Im Frühjahr vergangenen Jahres kursierte in den USA ein zynischer Witz. Wollte man als Angehöriger der ärmeren Bevölkerungsschicht wissen, ob man mit dem Corona-Virus infiziert sei, müsse man lediglich einem Reichen ins Gesicht niesen. Die Häme sollte den ungleichen Zugang zum US-amerikanischen Gesundheitssystem versinnbildlichen. Während Arme kaum an Tests kamen, waren Reiche bestens umsorgt und erfreuten sich bereits in den ersten Monaten der Pandemie eines umfangreichen Testangebots. Und der Witz sollte jene These widerlegen, wonach das Virus der große Gleichmacher sei, der keinen Unterschied zwischen Arm und Reich, zwischen Unter- und Überprivilegierten mache und sämtliche Klassen und Schichten gleichermaßen treffe.

Mittlerweile wissen wir: COVID-19 unterscheidet sehr wohl nach Einkommen, Vermögen, Berufsgruppe, ethnischer Zuschreibung, Schichtzugehörigkeit und Geschlecht. Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind dem Virus deutlich mehr ausgesetzt als andere und sind gleichzeitig von den Folgen einer Erkrankung deutlich stärker betroffen. Laut einer aktuellen Studie des deutschen Robert Koch Instituts (RKI) besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen sozialem Status und der Gefahr, an Corona zu erkranken oder sogar daran zu sterben. Das Sterberisiko sei demzufolge in Regionen mit stark unterdurchschnittlichem Einkommen 50 bis 70 Prozent höher als in wohlhabenderen Gegenden.

Der Witz mit dem Test für Arme über einen „vermögenden Umweg“ machte in Österreich kaum die Runde, was vielleicht an humoristischen Eigenarten liegen mag, wohl aber auch daran, dass der Staat hierzulande eine deutlich aktivere Rolle spielt als jenseits des Atlantiks. Vom Virus als großem Gleichmacher kann in Österreich keine Rede sein – trotz staatlicher Hilfsprogramme in Milliardenhöhe haben sich bestehende Ungleichheiten seit Pandemiebeginn verschärft.

Dabei hat die türkis-grüne Regierung mit 42,28 Milliarden Euro doppelt so viel bereitgestellt wie der EU-Schnitt. Nur: „Durchgesickert“, wie es so schön heißt, ist davon wenig. Und während sich die Nachbarländer zusehends aus der Rezession arbeiten, taumelt Österreich vor sich hin. Das ist vor allem deshalb problematisch, weil die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die die Europäische Union vorgibt, derzeit deutlich vielversprechender sind als in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008.

## **Die Folgen von 2008 sind bis heute spürbar**

Vor wenigen Tagen, am 7. Mai, beschäftigten sich die 27 Staats- und Regierungschefs der EU, Vertreter\*innen der EU-Institutionen und der Sozialpartner auf einem EU-Sozialgipfel im südeuropäischen Porto mit der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft nach der Pandemie. Damit, wie aus Corona die vielbeschworene „Chance“



Quelle: AMS

werden kann, „wie die soziale Dimension Europas gestärkt werden kann, um den Herausforderungen des Klimawandels und des digitalen Wandels gerecht zu werden“, wie es in der Ankündigung zum Gipfel hieß.

Die Lehren, die die EU aus der Corona-Krise zieht, sind entscheidend – denn die falschen Reaktionen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 und danach sind in den einzelnen Mitgliedsstaaten heute noch spürbar. Die Frage ist also: Was hat die EU aus der Vergangenheit gelernt? Und was macht Österreich heute daraus?

Seit zehn Jahren erhebt Ökonomin Ulrike Huemer vom Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) im Auftrag der Arbeiterkammer den jährlichen Arbeitsmarktmonitor. „Seither erleben wir eine enorme Spreizung innerhalb der EU“, sagt Huemer. Die Ökonomin führt das auf die Wirtschafts- und Finanzkrise an sich zurück und insbesondere auf die daran anschließende Staatsschuldenkrise samt den von der sogenannten Troika – einem Gremium aus Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und Europäischer Kommission – verordneten Sparprogrammen seit dem Jahr 2010. „Insbesondere Griechenland hat massiv darunter gelitten, die Arbeitslosigkeit ist explodiert, die Beschäftigung zurückgegangen, Griechenland schlitterte in eine langanhaltende Rezession“, erklärt Huemer.

Im Arbeitsmarktmonitor werden jährlich diverse Arbeitsmarktindizes der einst 28 und durch das Ausscheiden Großbritanniens nunmehr nur noch 27 Mitgliedsstaaten erhoben. Ein Blick auf den Monitor 2020 (der die Folgen der Corona-Pandemie noch nicht berücksichtigt) zeigt: Während einige Länder, wie etwa Deutschland und Polen, sich relativ rasch berappelten, sind es vor allem südeuropäische Länder, die bis heute unter den Folgen leiden. So hat sich das Gros der Mitgliedsstaaten bis 2019 in puncto „allgemeine Leistungskraft des Arbeitsmarktes“ (Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und Produktivität) weitgehend erholt, während Griechenland, Italien, Zypern und auch Finnland nach wie vor unter dem Niveau von vor 2008 rangieren. Öster-

**Zahl der arbeitslosen Personen inkl. Schulungsteilnehmer\*innen in Österreich, Ende April 2021 (AMS)**



„Wir erleben eine enorme Spreizung innerhalb der EU“, sagt Ulrike Huemer vom WIFO und führt das unter anderem auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zurück.

reich erreichte in dieser Indexkategorie mit 2018 wieder Vorkrisen-niveau. Im Bereich „Erwerbsteilnahme“, welcher die Arbeitsmarkt-integration unterschiedlicher Personengruppen erhebt, ist auffällig, dass Österreichs Performance relativ zu den EU-Mitgliedsstaaten eine der stabilsten war. Laut Huemer dürfte das unter anderem auf ein bereits damals etabliertes Kurzarbeitsprogramm zurückzuführen sein, das noch größere Verwerfungen am Arbeitsmarkt verhindern konnte.

### Eine fatale Fehlannahme

Dass andere Länder deutlich stärker unter der Finanz- und Wirtschaftskrise litten und sich teils bis heute nicht vollständig erholt haben, kommt für Oliver Picek, Ökonom beim Momentum Institut, wenig überraschend. Er ortet massive Verfehlungen in der wirtschaftspolitischen Krisenpolitik der EU. Ab 2010 habe sich unter Federführung nordeuropäischer Länder, allen voran Deutschlands, eine „wirtschaftsliberale Ideologie“ verfestigt, die die südeuropäischen Länder zwang, ihre Staatsausgaben massiv zu kürzen. Die Entscheidung, von nun an eine knallharte Austeritätspolitik zu fahren, fußte auf der – empirisch kaum belegten – Annahme, eine zu hohe Staatsverschuldung ginge zulasten der wirtschaftlichen Erholung eines Landes und eine Kürzung der Staatsausgaben locke Investor\*innen an, was wiederum das Wachstum ankurble.

Eine fatale Fehlannahme, die höchstwahrscheinlich weniger auf mangelnde Fachkompetenz als auf politische Interessen zurückzuführen ist.

Statt ambitionierte staatliche Investitionspakete zu schnüren, habe man damals „in die Krise hineingekürzt“, kritisiert Picek. Die massiven Kürzungen der Staatsausgaben entfachten eine Abwärts-spirale: Der private Konsum brach noch mehr ein, wodurch Unternehmen noch weniger produzierten und der Staat noch weniger Steuern einnahm, was wiederum dazu führte, dass der Konsum noch weniger wurde und so weiter. Der Rest ist bekannt und findet seinen Höhepunkt unter dem Label „Griechenland-Krise“.

Österreich sei damals – trotz einer EU auf wirtschaftspolitischen Abwegen – mit einem blauen Auge davongekommen, erinnert sich Adi Buxbaum, AK-Experte für europäische Sozialpolitik. Im Jahr 2008 erreichte die Gewerkschaft in einigen Branchen hohe Kollektivvertragsabschlüsse, und 2009 folgte eine Steuerreform, was zusammen zu einem deutlichen Anstieg der Nettoeinkommen führte. „Somit blieben der private Konsum und die Inlandsnachfrage hoch“, erklärt Buxbaum.

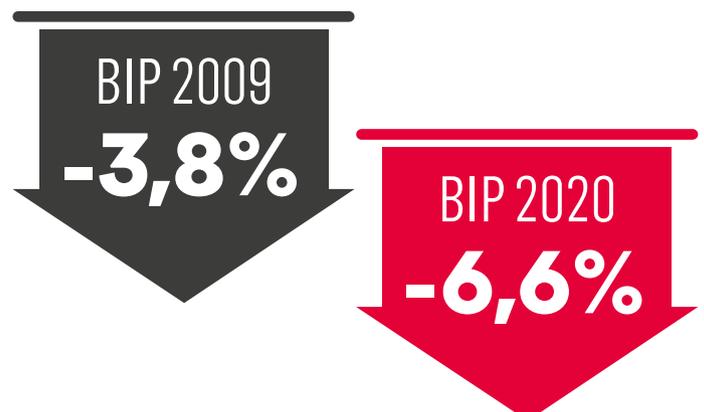


### Frauen erhalten weniger Hilfen

Die mit März 2020 einsetzende Wirtschaftskrise ist von anderer Art als jene von 2008 und danach. Einzelhandel und Dienstleistungsbetriebe blieben während der Lockdowns größtenteils geschlossen, aufgrund der Kontaktbeschränkungen kamen Hotellerie, Gastronomie, Kunst-, Kultur- und Eventbranche fast völlig zum Erliegen. Neben wirtschaftspolitischen Instrumenten hängt der Aufschwung zuvorderst davon ab, wann eine entsprechend hohe Durchimpfungsrate wieder ein „normales“ Leben zulässt.

Von der Krise sind vulnerable Gruppen am stärksten betroffen, besonders Frauen. Sie verlieren ihren Arbeitsplatz europaweit häufiger als Männer, die Belastung durch unbezahlte Hausarbeit – Stichwort: Homeschooling – hat indes deutlich zugenommen. In einem

### Historische BIP-Einbrüche



# *„Die EU vollzieht derzeit natürlich keinen Linksschwenk, aber sie wählt aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit einen anderen Krisenmodus.“*

Adi Buxbaum, AK-Experte für europäische Sozialpolitik

Beitrag im „Infobrief EU & International“ der Arbeiterkammer zu Anfang des Jahres ist von einer schleichenden Rückkehr zu den Geschlechterrollen der Biedermeierzeit die Rede. Und die Vergabe der staatlichen Corona-Hilfen scheint diese Ungleichheiten noch zu verstärken, da Männer überdurchschnittlich viele Mittel erhalten.

Insgesamt ging die Wirtschaftskrise an Österreich alles andere als spurlos vorüber. Das BIP brach 2020 laut Statistik Austria um 6,6 Prozent ein. Laut Prognosen wird es noch bis Ende 2022 dauern, bis zumindest das Vorkrisenniveau erreicht ist. Die Erwerbsarbeitslosigkeit stieg im März 2020 sprunghaft auf 562.000 an, mit Ende März 2021 waren immer noch knapp 460.000 Menschen ohne Arbeit oder in Schulungen. Zum Vergleich: Im März 2019 waren es knapp 370.000. Zudem befinden sich (Stand Ende März) rund 485.000 Menschen in Kurzarbeit, im März 2020 waren es 102.000 – im Mai 2020 dann 1,3 Millionen.

## **Anders, aber nicht links**

Doch auf EU-Ebene scheint man – im Rahmen des Vorstellbaren – aus den Fehlern des vergangenen Jahrzehnts gelernt zu haben. „Die EU vollzieht derzeit natürlich keinen Linksschwenk, aber sie wählt aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit einen anderen Krisenmodus“, erklärt AK-Experte Buxbaum.

Insgesamt 1,6 Billionen Euro soll der EU-Haushalt bis 2027 umfassen, der größte in der Geschichte der Staatengemeinschaft. Unter anderem sollen mit der Schaffung des SURE-Finanzierungsinstruments bis zu 100 Milliarden Euro jährlich im Kampf gegen Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehen. Aus dem 750 Milliarden Euro schweren EU-Wiederaufbaufonds soll Österreich rund 3,5 Milliarden Euro erhalten. Mit Ende März 2020 setzte die EU sogar den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) bis Ende 2022 außer Kraft, damit „nationale Regierungen so viel Liquidität



**AK-Experte Adi Buxbaum kritisiert bei den Investitionsprämien die „PR-Show“ rund um diese Maßnahmen. Versprechungen von Hunderttausenden Arbeitsplätzen seien wenig realistisch.**

wie nötig in die Wirtschaft pumpen können“, wie es von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen damals hieß. Eine Zäsur für eine Institution, die den „ausgeglichene Haushalt“ zum Nonplus-ultra auserkoren hatte.

Der SWP sollte die Mitgliedsstaaten in der Vergangenheit dazu verpflichten, die Haushaltsverschuldung auf 60 Prozent und die Neuverschuldung auf drei Prozent des BIPs zu begrenzen. Ein Pakt, der es Staaten in der Vergangenheit verunmöglichte, sich mittels



staatlicher Investitionen aus der Krise zu manövrieren. AK-Experte Buxbaum spricht mit Blick auf die heutigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von „positiven Signalen“ – „ob das genutzt wird, bleibt den Mitgliedsstaaten überlassen“.

### Ein Comeback-Plan mit Altbekanntem

Bisher sieht es in Österreich nur bedingt danach aus. Zwar waren die Corona-Hilfen der Regierung durchaus üppig, wie erwähnt im Schnitt doppelt so hoch wie in anderen EU-Staaten, jedoch orientierten sich die wirtschaftspolitischen Instrumente, wie Umsatzerlöse, Fixkostenzuschüsse und Steuererleichterungen, hauptsächlich an den Interessen von Großunternehmen. „Der Schutzschirm für Großunternehmen und Landwirte war sehr dicht, und Mehrfachförderungen wurden bewusst in Kauf genommen“, kritisiert Buxbaum.

*„Der Staat wird de facto fürs Schuldenmachen bezahlt.“*

Oliver Picek, Momentum Institut

Den Ökonom\*innen zufolge sollten vor allem untere und mittlere Einkommen gestärkt werden, indem man etwa das (im EU-Schnitt unterdurchschnittlich geringe) Arbeitslosengeld von 55 auf 70 Prozent des Einkommens erhöht. Denn Menschen mit geringem Einkommen sind eher bereit, das zusätzliche Geld gleich wieder auszugeben, etwa für allfällige Anschaffungen wie eine Waschmaschine. Bisher beließ es die Regierung allerdings bei zwei Einmalzahlungen von je 450 Euro. Einen entsprechenden Antrag der SPÖ im Nationalrat, die Arbeitslosenunterstützung von 55 auf 70 Prozent zu erhöhen, lehnten ÖVP, Grüne und NEOS Ende April ab.

Mitte April präsentierten Türkis-Grün ihren „Wirtschaftlichen Comeback-Plan der Bundesregierung für die Zeit nach der Pandemie“. Laut diesem Plan, der bis Redaktionsschluss größtenteils aus Ankündigungen und Überschriften bestand, soll ein nicht näher

spezifizierter Milliardenbetrag in die Stärkung des österreichischen Standorts sowie in die digitale und ökologische Transformation gesteckt werden.

Bekannt ist, dass die Investitionsprämie für Unternehmen von drei auf fünf Milliarden Euro aufgestockt wird, wodurch 55 Milliarden an Investitionen ausgelöst werden sollen, welche wiederum zwischen 500.000 und 800.000 Jobs bringen sollen.

### „PR-Show“

Buxbaum kritisiert die „PR-Show“ rund um diese Maßnahmen. Versprechungen von Hunderttausenden Arbeitsplätzen könnten nicht halten, da es vorwiegend nur ein Vorziehen von ohnehin geplanten Investitionen geben wird. Für ihn scheinen zusätzliche 25.000 bis 50.000 Jobs realistisch – „zu wenig angesichts der hohen Arbeitslosigkeit“. Andere Maßnahmen, die so bereits aus dem Regierungsprogramm bekannt sind, würden nun mit EU-Wiederaufbaufonds-Mitteln finanziert werden. Für Buxbaum bleibt offen: „Was ist am Ende fresh money?“

„Das geht grundsätzlich in die richtige Richtung – aber das ist deutlich zu wenig“, kritisiert auch Picek mit Blick auf den Comeback-Plan. Er verweist auf eine Berechnung des Momentum Instituts, wonach durch das zaghafte Vorgehen der Regierung in den kommenden Jahren jährlich 20 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung fehlen werden. Die wirtschaftliche Erholung werde sich dadurch deutlich verzögern, „einige Zehntausend werden dadurch dauerhaft arbeitslos bleiben“, prognostiziert Picek. Trotz Impfung und wirtschaftlicher Erholung bleibe somit ein Sockel an Langzeitarbeitslosen.

### Besser jetzt als (vielleicht) nie

Beide Ökonomen plädieren dafür, besser jetzt als gleich staatliche Investitionen zu tätigen. Einerseits sei das Geld auf den Finanzmärkten derzeit denkbar günstig – „der Staat wird de facto fürs Schuldenmachen bezahlt“, sagt Picek. Außerdem sei nicht gewiss, wie lange die EU den Stabilitäts- und Wachstumspakt noch aus-

# DREI FRAGEN ZUM THEMA

an **Anna Hehenberger**

Ökonomin Momentum Institut

## **Laut einer Erhebung des Momentum Instituts von Anfang März profitieren Frauen viel weniger von den Corona-Hilfen als Männer. Wie lässt sich diese Diskrepanz erklären?**

Einerseits gehen mehr als die Hälfte der Corona-Hilfen an Unternehmen verschiedenster Branchen, der Rest verteilt sich auf Hilfen für Arbeitnehmer\*innen, Familien, die allgemeine Öffentlichkeit oder den Klimaschutz. Andererseits spielen Geschlechterunterschiede im öffentlichen und privaten Raum eine Rolle: Hilfen an Unternehmen unterstützen Frauen oft schon wegen ihrer Unterrepräsentation in den meisten Branchen weniger stark. Die Investitionsprämie zum Beispiel wird vor allem Sektoren wie der Warenherstellung oder dem Bau helfen. Der Frauenanteil in diesen Branchen liegt bei nur 14 bis 26 Prozent. Die Gehaltsunterschiede ziehen sich durch: Die Kurzarbeitsentschädigung wird auf Basis des Vorkrisengehalts bemessen. Wer also weniger verdient hat, erhält auch weniger Kurzarbeitsgeld.

## **Das bedeutet, bestehende Ungleichheiten werden vertieft?**

Ja, die Corona-Krise verschärft aber nicht nur geschlechterspezifische Ungleichheiten, sondern auch Ungleichheiten bei (Lebens-)Einkommen oder Bildungschancen.

## **Was wären denn Mittel und Wege, um dem entgegenzuwirken?**

Bei der Krisenbewältigung müssen Frauen, ihre Beschäftigungsarten und Lebensrealitäten viel stärker mitgedacht werden. Unabhängig von der Corona-Krise ist es höchste Zeit für ein flächendeckendes Angebot zur Ganztagsbetreuung von Kindern. Zusätzlich müssen gesellschaftlich notwendige, sinnvolle Jobs – die nämlich hauptsächlich von Frauen gemacht werden – endlich auch die Anerkennung bekommen, die sie verdienen. Gute Arbeitsbedingungen und eine anständige Entlohnung sind die ersten Schritte, die es braucht.

setzt. Stand heute soll die Ausnahmeregelung bis Ende 2022 gelten. Dann droht möglicherweise ein ähnliches Szenario wie in der Folge der Staatsschuldenkrise 2010.

Die 3,5 Milliarden Euro, die die Regierung aus dem EU-Fonds erhält, sind seitens der Union an enge Vorgaben geknüpft, mindestens 37 Prozent der Mittel müssen in die Bekämpfung der ökologischen Krise fließen. Laut Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) sollen es hierzulande sogar 46 Prozent sein. Darauf folgt die Standardformel: Durch grüne Investitionen soll die Krise zur Chance werden. So soll ein Großteil der EU-Förderungen in die Ökologisierung des Verkehrs und in „ökologische Investitionen in Unternehmen“ fließen.

Doch viele der nun ergriffenen „Chancen“ wären auch ohne Krise so umgesetzt worden. Die SPÖ kritisierte noch Mitte April im Nationalrat, dass lediglich vier Prozent der Projekte, die aus dem EU-Fonds finanziert werden sollen, tatsächlich neu sind. 96 Prozent seien bereits umgesetzt, beschlossen oder längst in Planung. Ein beträchtlicher Teil des Wiederaufbaufonds diene vielmehr dazu, bestehende Budgetlöcher zu stopfen beziehungsweise in Richtung Pensionsausgaben umzuschichten.

Ob das reicht, um die sozialen Verwerfungen der Corona-Krise abzufedern und Österreich in eine grüne Zukunft zu führen, ist fraglich. Denn klar ist auch: Wirtschaftswachstum und Investitionen allein werden weder die soziale Ungleichheit bereinigen noch die ökologische Krise bekämpfen.

Florian Wukovitsch, Referent für ökologische Ökonomie der AK, begrüßt die Anstrengungen der Regierung in Sachen Umweltschutz prinzipiell. Teile des Programms „lesen sich sehr ambitioniert“, fasst er zusammen. Neben den wichtigen Weichenstellungen, die von der Regierung derzeit getroffen werden, „sind aber mehr arbeitsmarktpolitische Maßnahmen notwendig“. Insgesamt, so fordert der Umweltökonom, brauche es „sämtliche politische Instrumente“, um eine sozial-ökologische Transformation zu gestalten. Und hier seien nachhaltige Investitionen zwar ausgesprochen wichtig, aber eben nicht alles. Bei sämtlichen Maßnahmen, nicht zuletzt bei den Steuern, „müssen die Verteilungswirkungen sehr genau beachtet werden“, fordert Wukovitsch. „Die Klimafrage“, betont er außerdem, „ist im Kern eine soziale Herausforderung.“

Am Ende wird es nicht reichen, die Leier von der „Krise als Chance“ hochfrequent in eine Kamera zu sprechen. Das wirtschaftspolitische Möglichkeitsfenster, das die EU derzeit öffnet, sollte die österreichische Regierung tunlichst nutzen – in Verbindung mit einem selbstbewusst auftretenden Staat, der sich weniger an Wachstum und Beschäftigung als solchem, sondern vielmehr an einer sozial und ökologisch nachhaltigen Zukunft orientiert. Ein Staat, der das Primat der Politik ernst nimmt, wirkt nicht nur gegen soziale Verwerfungen und die ökologische Krise, sondern auch gegen zynische Witze. ▀

# Neue Mittelschicht, oder was?

*Viele Menschen, die bis dato gut bezahlte Jobs hatten und wenige finanzielle Sorgen, stellt die Corona-Pandemie erstmals vor ernste Probleme. Drei Betroffene haben uns Einblicke in ihr Leben gegeben und erzählt.*

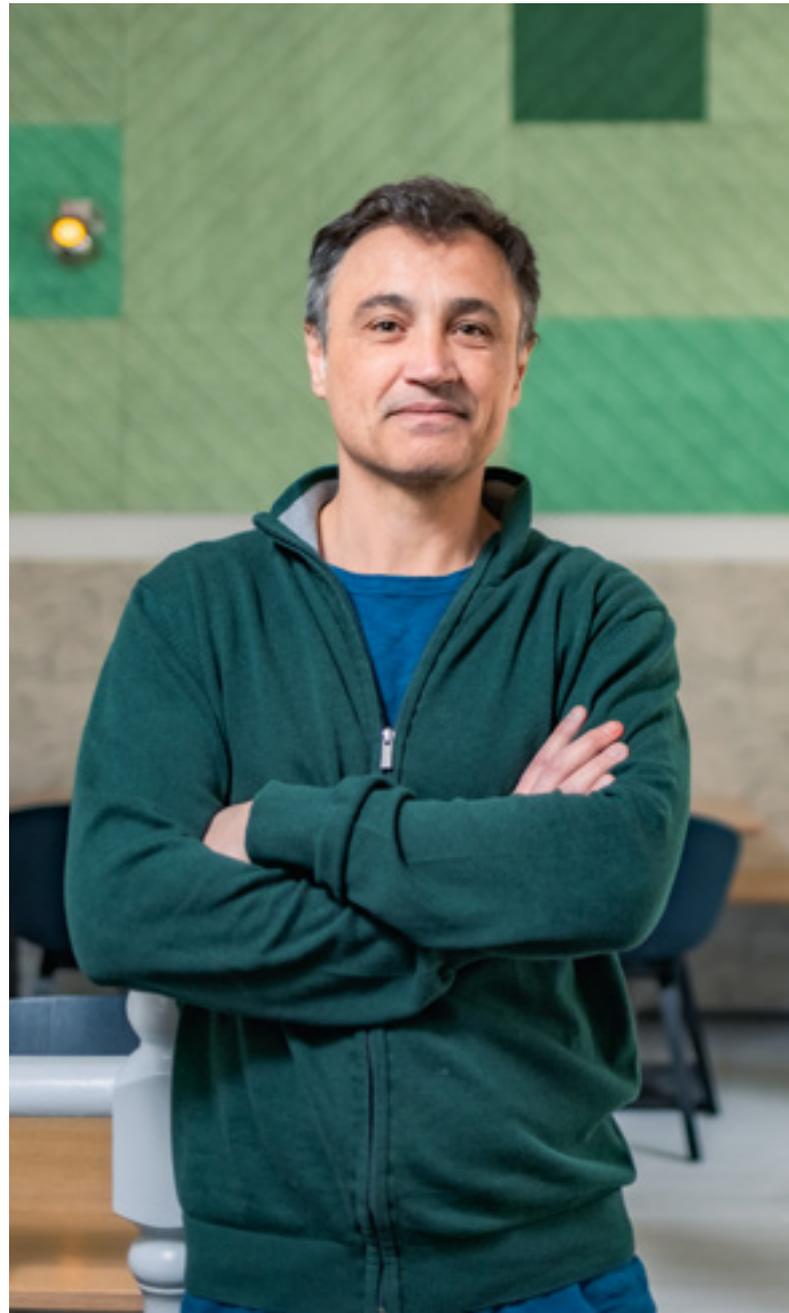
TEXT EVA REISINGER

Nur mehr Kartoffeln zu essen, so fühle sich Armut an, erzählt Olivia. Die Studentin hätte niemals gedacht, einmal selbst betroffen zu sein, und sie ist damit nicht allein. Durch die Pandemie stehen einige Menschen nun erstmals in ihrem Leben vor ernsthaften finanziellen Problemen. „Wir erleben derzeit, wie die COVID-19-Pandemie zu einem Anstieg der sozialen Ungleichheit und zu vermehrter Armut in Österreich führt“, sagt Ruth Schink von der Volkshilfe.

Blickt man genauer auf die Zahlen, wirken diese relativ entspannt. Das verfügbare Haushaltseinkommen in Österreich sank im Schnitt um nur ein bis zwei Prozent. Durch Maßnahmen wie den Kinderbonus, die aufgestockte Notstandshilfe und den einmaligen Aufschlag aufs Arbeitslosengeld verbuchten einige sogar einen Zuwachs. Trotzdem warnen Expert\*innen und NGOs. Die Anfragen bei Sozialberatungen der Caritas sind um 70 Prozent gestiegen. Viele aufgeschobene Mieten wurden ab April fällig und Zuschüsse enden.

Die Armutskonferenz definiert Armut als Mangel an Möglichkeiten beziehungsweise Verwirklichungschancen. Als Armutsschwelle gilt ein Einkommen von 1.286 Euro für einen Einpersonenhaushalt. Über eine Million Österreicher\*innen verdienen unter dieser Grenze. Vielen ist dabei gar nicht bewusst, dass sie gefährdet sind. Kein Geld und damit weniger Möglichkeiten zu haben ist nicht nur stigmatisierend, sondern macht nachweislich krank, einsam und es beeinflusst die eigene Zukunft. Wer einmal an diesem Punkt angelangt ist, kämpft oft lange mit den Folgen.

**Mario Heralic will zwar noch nicht aufgeben, zweimal aber sei es für die Gastronomenfamilie mit zwei Kindern in den letzten Monaten wirklich extrem knapp geworden.**



## Olivia, 24, Studentin

Seit sie 16 Jahre alt ist, arbeitet Olivia. Von der Gastronomie über das Verkaufen von Kleidung bis hin zum Sommerkino. Zuerst neben der Schule, dann neben dem Kolleg an der Grafischen in Wien. Sie verdient mit diesen Minijobs mal mehr und mal weniger, kommt aber immer über die Runden. In den Ferien arbeitet sie Vollzeit, um sich Geld zur Seite zu legen. Besonders mit saisonaler Arbeit bei Punschständen finanziert sie ihr Leben. „Plötzlich war alles weg“, erzählt Olivia, während sie in einem Wiener Park sitzt. Kurz vor der Pandemie beginnt die 24-Jährige noch einen Job in einer Bar, verliert diesen wieder, da dem Inhaber das Risiko zu groß ist. Olivia bleibt optimistisch: Es werden andere Jobs kommen, und die Pandemie wird wieder verschwinden, denkt sie. Doch sie findet keine Arbeit. Richtig eng wird es rund um Weihnachten. „Ich hatte meine Ersparnisse komplett aufgebraucht und bekam keine Unterstützung vom Staat.“ Das Arbeitsamt bearbeitet ihren Antrag über Monate. Auch der auf Schüler\*innen-Beihilfe wird abgelehnt. Beim Einkauf im Supermarkt fragt sie sich nun: Geht sich das noch aus?

„Immer im Hinterkopf zu haben, dass das Geld knapp wird, ist wahnsinnig anstrengend.“ Am Ende des Monats isst Olivia irgendwann nur noch Kartoffeln. Mehr kann sie sich nicht mehr leisten. Oft geht sie auch zu ihrer Mutter, die für sie kocht. „Ein Luxus, wie mal eine Pizza zu bestellen, war für mich nicht mehr drinnen“, so Olivia. Täglich sucht sie nach Jobs, die sie am Wochenende oder neben dem Kolleg machen kann. Über Weihnachten sitzt die Studentin allein in der WG und kämpft mit den ersten psychischen Folgen. „Man verliert den Boden unter den Füßen. Ganz plötzlich hast du keine Sicherheit mehr wie in deinem ganzen Leben zuvor. Du schaffst es nicht mehr, deine Rechnungen zu bezahlen, und es ist extrem unangenehm, darüber zu reden.“ Währenddessen wird es für sie immer schwieriger, sich auf das Studium zu konzentrieren. Ihre Mutter beruhigt sie, sie könne notfalls zu ihr in die Zwei-Zimmer-Wohnung ziehen. „Es fühlte sich an, als wäre ich in einem endlosen Tunnel. Da ist kein Ende in Sicht.“

Als Olivia die Miete nicht mehr bezahlen kann, leiht sie sich Geld von ihrer Schwester und bezieht Unterstützung von der Caritas. So kann sie weiter studieren und kommt langsam wieder auf die Füße. Aus ihrem Antrag auf Mindestsicherung scheint nun vielleicht doch etwas zu werden, meint sie, und ein paar Minijobs ergaben sich auch. Diesen Sommer hat sie einen im Sommerkino in Aussicht. „Es geht bergauf. Gott sei Dank!“, sagt Olivia und lächelt.

## Mario Heralic, 49, Gastronom

Vor der Bar türmen sich die Klopapierrollen. Eine Leiter lehnt an der Wand. Dazwischen hantiert Mario Heralic mit der Espressomaschine, die laut zischt. Der Kaffee, den es sonst im Lokal gebe, sei längst ausgeraucht, erzählt er. Er musste also neuen kaufen. Seit



„Ein Luxus, wie mal eine Pizza zu bestellen, war für mich nicht mehr drinnen“, erzählt Olivia. Bald konnte die Studentin sogar die Miete nicht mehr zahlen.

über einem halben Jahr ist das Restaurant Marks in der Neustiftgasse im siebten Gemeindebezirk geschlossen. Heralic bezeichnet sich selbst immer nur als Kellner und nie als Chef, Gastronom oder Inhaber. Sein Lokal lebt von der Stammkundschaft und von den Weihnachtsfeiern. Normalerweise legt er sich in dieser Zeit ein gutes Polster an. Zusammen mit seiner Frau, Orsolya Szita, hat er zwei Kinder. Sie eröffnete im Oktober letzten Jahres mit einer Partnerin eine nachhaltige Drogerie in der Zollergasse, direkt um die Ecke. Wie halten sich die beiden über Wasser?

„Aktuell befinden wir uns in einer Extremsituation. Mit zwei Kindern ist das nicht immer so einfach“, erzählt Heralic – und dass sie auch an das Ersparte gehen mussten. Ans Aufgeben denke er aber nie. Wobei. Zweimal sei es wirklich sehr knapp gewesen: als die versprochenen Unterstützungen vom Staat nicht kamen. Da



**„Es zieht sich alles zusammen, und du bekommst so richtig Angst“, beschreibt Alina das Gefühl von Existenzängsten. Das Außenministerium hatte sie zu Beginn der Krise nach Österreich zurückgeholt – und damit begann die mühsame Jobsuche von vorne.**

habe er sich gefragt, wie es weitergehen soll. Mittlerweile funktioniert das aber gut. „Finanziell können wir uns nicht beschweren, was das Lokal betrifft.“ Privat habe er jedoch kein Einkommen seit sechs oder sieben Monaten. Denn die meisten Unterstützungen vom Staat gelten dem Unternehmen. „Ich müsste das Geld ja wieder zurückgeben.“ Nur durch den Härtefallfonds habe er wenigstens etwas bekommen. Heralic wolle nicht sudern, meint er, sondern sich auf das Positive konzentrieren: zum Beispiel darauf, dass er richtig viel Zeit für seine Kinder hatte und sich sein Körper endlich einmal von den Strapazen der Gastronomie erholen konnte. Zwischen 60 und 100 Stunden hatte er zuvor gearbeitet. Jetzt freue er sich auf die Öffnung und vor allem auf die Gäste. „Der Schmah muss endlich wieder rennen!“, sagt er und zeichnet Muster in den Cappuccino-Schaum.

### **Alina, 28, NGO-Koordinatorin**

Alina wollte die Welt schon immer etwas gerechter machen. Darum studierte sie Politikwissenschaften und gründete einen Verein zur Flüchtlingshilfe mit. 2018 schloss sie sogar mit einem Doppelmaster ab. Um sich das leisten zu können, jobbt die Wienerin in der Gastronomie. Sie spricht fünf Sprachen und arbeitet im Ausland. Beim Berufseinstieg muss sie immer wieder ungewollt selbstständig oder unter prekären Umständen arbeiten. Pass auf dich auf, lass dich nicht ausbeuten, sagt ihr Umfeld, doch sie hat einen Plan. Ihr Großvater lebt in Mexiko und arbeitet dort als Dokumentarfilmer. „Für mich war es der nächste logische Schritt, nach Mexiko zu gehen.“ Zu Beginn des Jahres 2020 zieht sie um. Zuerst Kraft tanken, Intensiv-Spanischkurs und sich dann einen Job suchen. Doch Corona macht ihr jäh einen Strich durch die Rechnung.

Im März rät ihr das Außenministerium zur sofortigen Rückreise. In Wien hatte sie längst alle ihre Besitztümer verkauft und fragt sich, wo sie nun die Quarantäne verbringen soll. Eine Freundin, die zu der Zeit gerade in Deutschland festsitzt, überlässt ihr die Wohnung. Alina muss wieder von vorne anfangen und beantragt Mindestsicherung. Im Sommer macht sie einen Kurs über das AMS, der mehr Praxis in ihre Ausbildung bringen soll. Mit dem Ende des Kurses enden die Unterstützungen. Ein weiterer Antrag wird abgewiesen.

Alina wohnt mittlerweile in einem WG-Zimmer, für das sie 400 Euro Miete bezahlen muss, und verzweifelt immer mehr. „Ich wusste, jetzt wird’s hart, weil ich kaum noch Ersparnisse hatte.“ Fünf Monate bekommt Alina keinerlei Unterstützung vom Staat. Sie kauft nun im Sozialsupermarkt ein, besorgt sich gratis Möbel im Internet und verkauft einfach alles, was sie besitzt. Freund\*innen muss sie immer öfter absagen, weil ihr das Geld fehlt, etwas gemeinsam zu unternehmen. Alina will keine Hilfe von ihnen, sondern die sein, die anderen hilft. „Als sie mir die Hilfe regelrecht aufgezwungen haben, konnte ich sie annehmen.“

Wenn sie die Existenzsorgen beschreibt, zeigt sie auf ihren Magen, da habe sie es gespürt. „Es zieht sich alles zusammen, und du bekommst so richtig Angst.“ Die 28-Jährige bewirbt sich immer weiter für Jobs, sagt sich, dass das alles vorbeigehen werde. Schließlich bekommt sie einen Job in einer NGO zum Jahresbeginn. Gedanklich sei sie im Büro, sagt sie während des Gesprächs in ihrer Mittagspause. „Heute bin ich glücklich, in diesem Job gelandet zu sein und zu wissen, ich habe ein soziales Netz, das mich auffängt.“ Nun könne sie sich revanchieren. Für sie bleibt aber die Frage: Hat sie selbst etwas falsch gemacht, oder ist das System falsch? ▶

# Wie können wir Österreich gerechter machen?

Je höher Bildung, Einkommen und Vermögen einer Familie, desto besser die Ausbildung der Kinder und desto höher ihr Einkommen aus dem Beruf und dem (ererbten) Vermögen. So nährt sich Ungerechtigkeit in der Gesellschaft selbst. Nur der Vorrang der Politik vor „den Märkten“ und ein starker Sozialstaat ermöglichen mehr Gerechtigkeit. Dazu braucht es eine Angleichung der Bildungschancen (zwei Jahre Gratiskindergarten, Förderung der Migrant\*innenkinder, ganztägige Gesamtschule etc.), Ausweitung des

sozialen Wohnbaus, Vollbeschäftigung durch ökologische Erneuerung (Umwandlung aller Gebäude in Stromproduzenten, öffentlicher Verkehr etc.) und durch den Ausbau des Sozialstaats bei Gesundheit, Pflege und Pension sowie Rückführung der atypischen Beschäftigungsverhältnisse. Die Maßnahmen auf dem Weg zu einem besseren Leben der Menschen miteinander und mit der Natur werden durch Kredite und Steuern (vor-)finanziert. Wer deutlich mehr verdient und reicher ist als der Durchschnitt, trägt überproportional bei.



**STEPHAN SCHULMEISTER**

WIRTSCHAFTSFORSCHER UND UNI-LEKTOR

# Wer hat, dem wird gegeben

*In Österreich ist das Vermögen ungleicher verteilt als in den USA.  
Das führt zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen,  
für die es eine einfache Lösung gäbe.*



TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Vollbepackt mit tollen Sachen, die das Leben schöner machen, hinein ins Einfamilienhaus. Mit einem Kofferraum voller Lebensmittel vor dem Eigenheim symbolisiert die Zott-Familie die Mittelschicht. Allein: Das ist Quatsch. Die Mittelschicht besitzt keine Immobilie. Die kann sie sich nicht leisten. Wer zur Zott-Familie gehören will, muss es ins obere Drittel der Vermögensverteilung schaffen.

Die Mitte, von der Politiker\*innen immer gerne sprechen, besitzt ein Nettovermögen von 83.000 Euro. Das könnten ein Auto und Rücklagen für die Rente sein. Aber sicherlich kein Haus. „Der Wohlfahrtsstaat ist das Vermögen der breiten Mitte“, fasst Matthias Schnetzer, Ökonom in der Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik bei der Arbeiterkammer Wien, im Podcast von Arbeit&Wirtschaft die Situation zusammen.

Eine Wirklichkeit, die bei vielen noch nicht angekommen ist. Einerseits wegen solcher Zerrbilder wie aus der Zott-Werbung, die sich mit einem catchy Jingle ins Gehirn gebrannt hat; und andererseits, weil es zur Vermögensverteilung noch nicht allzu lange verlässliche Daten gibt.

In den Jahren 2017 und 2018 fand eine zuverlässige Erhebung durch die Europäische Zentralbank (EZB) und die Oesterreichische Nationalbank statt: die sogenannte Household Finance and Consumption Survey (HFCS). Sie basiert auf Befragungen, deren Teilnahme freiwillig ist. Die Ergebnisse neigen dazu, massiv zu streuen. Denn zum einen wäre es ein extrem glücklicher Zufall, bei einer Befragung eine\*n der hyperreichen Österreicher\*innen ans Telefon zu bekommen. „Selbst wenn ich sie in die Stichprobe ziehe, ist die Wahrscheinlichkeit der Teilnahmeverweigerung bei dieser Erhebung relativ groß“, gibt Matthias Schnetzer weiter zu bedenken.

## In Österreich hyper-ungleich

Für Daten, die der Realität näherkommen, müssten die erhobenen Werte mit statistischen Instrumenten angepasst werden. Grundlage sind Informationen über Hyperreiche aus mehreren wissenschaftlichen Studien. In Österreich sieht die Wirklichkeit laut Jakob Kapeller, Professor für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen, aktuell so aus: „Das reichste Prozent hat einen Anteil von 39 Prozent am Gesamtvermögen. Die oberen zehn Prozent haben etwa 66 Prozent des Gesamtvermögens. Im internationalen Vergleich ist das Vermögen in Österreich sehr ungleich verteilt.“

Im Schnitt besitzt das reichste Prozent ein Nettovermögen von 12,5 Millionen Euro. Also das 150-Fache des Durchschnitts. Geradezu dramatische Ausmaße nimmt die Ungleichverteilung an, betrachtet man sie vom unteren Ende der Vermögenspyramide. „Die untere Hälfte der Bevölkerung hat typischerweise nichts“, erklärt Kapeller.

Nichts. In einem der reichsten Länder der Welt ist das Vermögen so verteilt, dass die Hälfte der Bevölkerung keine signifikanten Rücklagen und keine Sicherheiten hat. Die Tatsache, dass diese Menschen bisher nicht als arm galten – obwohl sie keinerlei Vermögen haben – liegt ausschließlich an ihrem Einkommen. Die Einkommensverteilung ist in jedem Land etwas weniger ungerecht als die Vermögensverteilung. Die Schere geht weniger weit auf.

### Jede Diskussion wird abgedreht

Hintergrund ist, dass jede und jeder in Österreich irgendein Einkommen hat. Und sei es die Notstandshilfe. Ohne Vermögen kann man überleben, ohne Einkommen nicht. Auch kulturell gibt es einen Unterschied. In Österreich werden enorme Einkommensunterschiede mit der erbrachten Leistung legitimiert. Mit der lässt sich extremes Vermögen aber nicht erklären.

### Durchschnittsvermögen oberstes Prozent in Euro AK Wien, November 2020



12,5  
MIO

Entsprechend unterschiedlich werden Einkommen und Vermögen politisch behandelt. Kapeller: „Die Einkommensverteilung ist genauer erforscht und wird politisch anders behandelt. Arbeitslose müssen sich melden und werden genau gescannt und registriert. Beim Vermögen ist das anders. Der Kapitalmarkt, Erbschaften und Schenkungen sind nicht transparent. Von Stiftungen ganz abgesehen.“

Ein Problem, das auch Franziska Disslbacher, Referentin für Verteilungsfragen in der Abteilung Wirtschaftswissenschaften der AK Wien, ausmacht. Sie fordert: „Wir brauchen zuerst mal ein umfassendes Vermögensregister, um tatsächlich ein besseres Verständnis der Verhältnisse zu bekommen.“

*„Vermögen ist nicht nur da, es generiert auch weiteres Vermögen. Habe ich Vermögen, ist die Chance groß, dass es auch wächst.“*

Jakob Kapeller, Professor für Sozioökonomie

Das oberste politische Ziel beim Einkommen ist es, dass jede\*r Bürger\*in einen Job hat. Entsprechend müsste es bei der Vermögenspolitik darum gehen, Eigentums- und Machtkonzentrationen zu verhindern, um das Machtgefälle in der Gesellschaft zu minimieren. Während aber die Vermeidung von extremer Armut ein akzeptiertes politisches Ziel sei, ist es die Verhinderung extremer Eigentumskonzentration – obwohl dies nur die zweite Seite der gleichen Medaille sei – jedoch nicht.

### Der „Matthäus-Effekt“

Dieser politische tote Winkel führt dazu, dass Vermögen zu mehr Vermögen führt: der sogenannte „Matthäus-Effekt“. Benannt nach einem (verkürzten) Zitat aus dem gleichnamigen Evangelium: „Wer hat, dem wird gegeben.“ Im Neuen Testament ist damit übrigens kein materieller Besitz gemeint, sondern Glauben. Das Zitat wird damit ins Gegenteil verkehrt. Der Volksmund trifft es passender: „Es regnet immer dorthin, wo es schon nass ist.“

An Immobilien lässt sich das auch sehr leicht erklären. Wer eine Wohnung besitzt, muss keine Miete zahlen. Wer keine Miete zahlt, kann sich eine zweite Wohnung finanzieren. Wer Mieteinnahmen hat, kann Geld auf dem Finanzmarkt anlegen. Wer Kapitalerträge hat, hat genug Sicherheiten, um eine eigene Firma zu gründen. Kapeller: „Vermögen ist nicht nur da, es generiert auch weiteres Vermögen. Habe ich Vermögen, ist die Chance groß, dass es auch wächst. Es liegen selbstverstärkende Effekte vor.“ Beim Einkommen ist das bekanntlich anders.

# „Das Vermögen der Reichen liegt im seltensten Fall neutral auf dem Girokonto.“

Matthias Schnetzer, Ökonom in der AK Wien

Aktuell wird das Problem der steigenden Ungleichverteilung durch die Corona-Pandemie verstärkt. In der Geschichte führten große Krisen typischerweise dazu, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich schloss. Bei COVID-19 ist das Gegenteil zu befürchten. „Die Corona-Krise trifft Vermögenswerte zurzeit nicht. Durch die Konsumzurückhaltung ist dem Geld sogar noch langweiliger als sonst. Es sucht nach Anlagemöglichkeiten und treibt so die Preise für Finanzanlagen oder Immobilien nach oben. Bis zu einem gewissen Grad sehen wir eine so massive Entkopplung von Real- und Finanzwirtschaft wie noch nie“, erläutert Kapeller.

## Ärmere werden härter getroffen

Eine Krise wie die Corona-Pandemie trifft die untere Hälfte in der Vermögenspyramide besonders hart. Denn es sind Menschen, die ohnehin prekär beschäftigt sind und ein niedriges Einkommen haben, denen die Existenzgrundlage genommen wird. Denn sie arbeiten in Firmen, die jetzt geschlossen sind. Im Tourismus, Dienstleistungs- und Gastgewerbe. Wer Vermögen hat, ist in solchen Situationen resilienter.

Die Lösung für jede\*n Einzelne\*n wäre, selbst ins obere Drittel vorzustoßen. Statistisch betrachtet sei es am wahrscheinlichsten, dies durch eine Erbschaft zu erreichen, erklärt Kapeller. Der Effekt einer Erbschaft auf das Privatvermögen sei überdurchschnittlich hoch und die geerbte Summe korreliere mit dem Standing, das man hinterher in der Vermögenspyramide einnehmen würde.

Neben emotionalen Dingen ist das größte Problem an so einer Erbschaft jedoch, dass sie an Menschen gehen würde, die nur scheinbar nicht reich seien. Als Beispiel führt Kapeller das Kind reicher Eltern an, das bis zur Erbschaft eben nur vom eigenen Einkommen leben müsste, grundsätzlich aber natürlich eine familiäre und finanzielle Sicherheit hätte. „Man kann auch mit Finanzspekulationen oder Unternehmertum reich werden. Aber die Wahrscheinlichkeit ist gering“, fasst er die Durchlässigkeit bei der Vermögensverteilung zusammen.

Die Ungleichverteilung kann zu einem Problem werden. Disslbacher dazu: „Der Vermögensforscher Martin Schürz spricht von ‚Überreichtum‘. Er meint damit, dass manche Menschen so viel Vermögen haben, nämlich Beträge in Millionen- und Milliardenhöhe, dass es demokratische Strukturen zersetzen kann.“ Weil sich mit dem Besitz nämlich auch die Macht konzentriert. Es ist

Multimilliardär René Benko, der an „Kurier“ und „Krone“ beteiligt ist. Es ist Dietrich Mateschitz, der mit diversen Medienprojekten seine politische Agenda unters Volk bringen kann. Es ist Familie Glock, die sich politische Nähe erkauft.

## Keine Mehrheiten für Erbschaftssteuer

„Das Vermögen der Reichen liegt im seltensten Fall neutral auf dem Girokonto“, führt Schnetzer aus, „sondern sie versuchen, ihr Vermögen einzusetzen, um vorteilhafte Rahmenbedingungen zu schaffen.“ Ein Beispiel dafür sei das Thema der Erbschaftssteuer. Die sollte grundsätzlich nur auf Erbschaften über eine Million Euro anfallen. Das betrifft nur einen verschwindend geringen Prozentsatz der Bevölkerung. In der Debatte sei aber oft so getan worden, als würde eine Erbschaftssteuer jeden treffen.

Disslbacher sieht darin einen Indikator dafür, wie reiche Menschen Einfluss auf die Debatte nehmen: „Wie die Erbschaftssteuervorschläge derzeit gestaltet sind, würden sie 96 bis 97 Prozent der Haushalte gar nicht treffen. Es gibt stabile Mehrheiten für die Besteuerung von Vermögen, aber nicht für die Erbschaftssteuer. Das ist ein Beispiel dafür, wie sehr der Diskurs von der Lebenswirklichkeit der Österreicher\*innen entkoppelt ist.“ Nicht nur gesellschaftlich, auch wirtschaftlich sei die Ungleichverteilung schädlich. Wäre das Geld gerechter verteilt, würde das Nachfrage, Konsum und Unternehmensgründungen ankurbeln. Eine Volkswirtschaft zahle für Ungleichverteilung also einen hohen Preis.

In der Geschichte gibt es davon eine Ausnahme, wie Kapeller erklärt: „Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte man es für mehrere Jahrzehnte geschafft, diesen Effekt einzufangen. Über hohe Spitzensteuersätze beim Einkommen, Arbeitszeitverkürzungen, die Errichtung des Wohlfahrtsstaates und über stärkere Regulierung von Firmen, Vermögen und internationalem Kapitalmarkt. Die Erfahrung zeigt: Es geht auch politisch, und man muss nicht auf die Krise warten.“

Es ist also eine Frage des politischen Willens. Kapeller formuliert es so: „Wir sind ein extrem reiches Land, aber die Hälfte der Bevölkerung hat nichts. Das kann man als Fairnessproblem diagnostizieren, man kann aber auch sagen: Das ist halt der Lauf der Dinge.“ Zu den Lösungen, die sich bereits in der Nachkriegszeit bewährt haben, könne noch über eine Finanzmarktregulierung nachgedacht werden.

## Idee: die Reichen besteuern

Und natürlich mit einer Vermögenssteuer. Sie könnte das Problem beenden, dass das Steuersystem in Österreich nur extrem milde umverteilt. Und der soziale Frieden hängt eben auch an der Frage, wie stark sich Menschen mit extrem hohem Einkommen und Vermögen an öffentlichen Aufgaben beteiligen. Gerade, weil eine Krise vor allem ärmere Haushalte besonders stark trifft. Es ist eine Frage der Solidarität.

Entsprechend müsse das Vermögen der Mittelschicht, der Wohlfahrtsstaat, weiter ausgebaut werden, erklärt Disslbacher: „Weil das öffentliche Vermögen, das Vermögen der vielen, so wichtig ist, geht es darum, es auszubauen: mehr öffentlicher Wohnbau, mehr und bessere Kinderbetreuungseinrichtungen, mehr öffentliche Investitionen um Beschäftigung zu stabilisieren, um einige Beispiele zu nennen.“

Wer eine Vermögenssteuer wirklich zahlen müsse, sei Definitionssache, erklärt Kapeller. Belaste sie Menschen mit einem Nettovermögen von mehr als einer Million Euro, seien das gerade einmal die oberen vier Prozent. „Mit einer Vermögenssteuer kann ich ein substanzielles Einkommen erzielen, dabei aber nur eine extrem geringe und leistungsfähige Bevölkerungsgruppe belasten.“

Der öffentliche Sektor tue sich leichter, großflächige Umbauten durchzuführen. Den Wandel der Industrie hin zu mehr Nachhaltigkeit beispielsweise. Würde die Vermögenssteuer ausschließlich für ein solches Ziel verwendet werden, das der ganzen Bevölkerung nützt, könne die Politik auch mit deutlich mehr Unterstützung rechnen.

„Der Green Deal bräuchte 1.000 Milliarden pro Jahr, um umgesetzt werden zu können. Ein Drittel davon sieht der Green Deal der EU auch vor. Eine Vermögenssteuer könnte ein weiteres Drittel liefern. Kann ich eine Vermögenssteuer mit einem konkreten Ziel verknüpfen, gäbe es dafür auch eine größere Akzeptanz“, rechnet Kapeller vor.

## Was die Klimakrise damit zu tun hat

Gerade der Green Deal könnte eine Möglichkeit sein, wohlhabende Menschen fairer an den gesamtgesellschaftlichen Kosten zu beteiligen. Denn vermögende Haushalte tragen durch einen ungleich höheren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck überdurchschnittlich zur Klimakrise bei, wie die Arbeit „Carbon and inequality: From Kyoto to Paris“ der Ökonomen Lucas Chancel und Thomas Piketty belegt. Disslbacher bringt eine weitere Idee in die Diskussion mit ein: „Immer mehr Vermögensforscher\*innen schlagen vor, tatsächlich eine Grenze einzuziehen bei einem Absolutbetrag, um Vermögen an der Spitze so zu beschränken.“ Schließlich kann sich niemand mit zwanzig Milliarden Euro auf dem Konto etwas kaufen, was er sich nicht auch mit zehn Milliarden Euro kaufen könnte. ▀

# FÜNF FAKTEN ZUM THEMA

**1 /** Das reichste Prozent der Österreicher\*innen besitzt 39 Prozent des Gesamtvermögens. Damit liegt Österreich in Europa auf Platz zwei bei der Ungleichverteilung. Lediglich in Holland besitzen die Hyperreichen noch ein wenig mehr. In den USA, dem Mutterland des modernen Kapitalismus, besitzt das oberste Prozent „nur“ 35 Prozent des Gesamtvermögens.

**2 /** In Österreich besitzen 320 Menschen (Milliardäre und Multimillionäre) ein Drittel des Gesamtvermögens – und damit so viel wie die ärmsten 7,2 Millionen Menschen zusammen. Die untere Hälfte der Österreicher\*innen hat beinahe nichts. Aufsummiert halten sie gerade einmal drei Prozent des Gesamtvermögens. Dabei handelt es sich meist um ein Auto.

**3 /** Die Ungleichverteilung wächst. Denn Vermögen generiert Vermögen. Seit der Wirtschaftskrise 2008 und 2009 wächst das Vermögen reicherer Menschen doppelt so schnell wie das von ärmeren. Wer durchschnittlich eine Million Euro investiert hat, bekam acht Prozent Rendite. Wer 250.000 Euro investiert hatte, nur vier Prozent. Für die meisten Menschen utopische Summen, aber ein Indikator dafür, warum die Ungleichverteilung so schnell wächst.

**4 /** Ein statistischer Trick kann deutlich machen, wie viel Geld die reichsten zehn Prozent besitzen. Stellt man alle Österreicher\*innen nach ihrem Vermögen geordnet in einer Reihe auf, besitzt die Person in der Mitte rund 80.000 Euro. Würde man das Gesamtvermögen jedoch einfach durch die Zahl der Österreicher\*innen teilen, müsste jede (!) Person 270.000 Euro besitzen.

**5 /** In Österreich gab es bereits eine Erbschafts- und eine Vermögenssteuer. Die auf Vermögen wurde 1994 abgeschafft, die auf Erbschaften 2008. Seitdem speisen sich 80 Prozent der Staatseinnahmen aus Löhnen und Gehältern.

# Neoliberalismus liebt Rechtspopulismus

*Wenn sich die Bevölkerung in weiten Teilen nicht mehr repräsentiert fühlt, kommt das neoliberale System unter Druck – und befreit sich mit rechtspopulistischer Politik. Aber wie kommt es dazu?  
Im Gespräch mit Ökonom Walter Ötsch.*

INTERVIEW MICHAEL MAZOHL



**WALTER ÖTSCH**

ÖKONOM, KULTURHISTORIKER  
Walter Otto Ötsch habilitierte 1990 an der Universität Linz, gründete und leitete u. a. das Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, seit 2015 lehrt er an der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung. In seinem Buch „Mythos Markt. Mythos Neoklassik. Das Elend des Marktfundamentalismus“ (2019) werden die Fragen des Interviews ausführlich erörtert.

Der Neoliberalismus. Eigentlich, so liest man oft in sozialen Medien, gebe es ihn gar nicht. Kaum jemand bekennt sich zu ihm. Selbst Ökonomen (meist sind es tatsächlich Männer), die ganz klar seine Positionen vertreten, wollen sich sein Etikett nicht umhängen lassen. Jüngstes Beispiel ist der international renommierte Ökonom Gabriel Felbermayr, bald Leiter des WIFO, der sich auf Twitter verteidigte: „Kampfbegriffe wie ‚libertär‘ oder ‚marktgläubig‘ sind völlig deplatziert und einer vernünftigen Debatte nicht zuträglich.“

Der Ökonom und Kulturhistoriker Walter Ötsch forscht seit vielen Jahren zum Neoliberalismus, seiner Entwicklung und seinen Einflüssen. Wir haben ihn in seiner Heimatstadt Linz zum Interview getroffen.

**Arbeit&Wirtschaft: Herr Professor, wie kann man ganz einfach erklären, was Neoliberalismus konkret bedeutet?**

**Walter Ötsch:** Neoliberalismus ist eine Denkform, die unsere ganze Wirtschaft und Gesellschaft auf eine Weise durchdrungen hat, die den meisten unbekannt ist. Es ist eine Bewegung, die ungefähr 100 Jahre alt ist. Man kann genau im Detail beschreiben, welche Personen die Ideologie geformt haben, was die zentralen theoretischen Gedanken waren und auf welchen verschlungenen und durchaus zufälligen Wegen diese dann

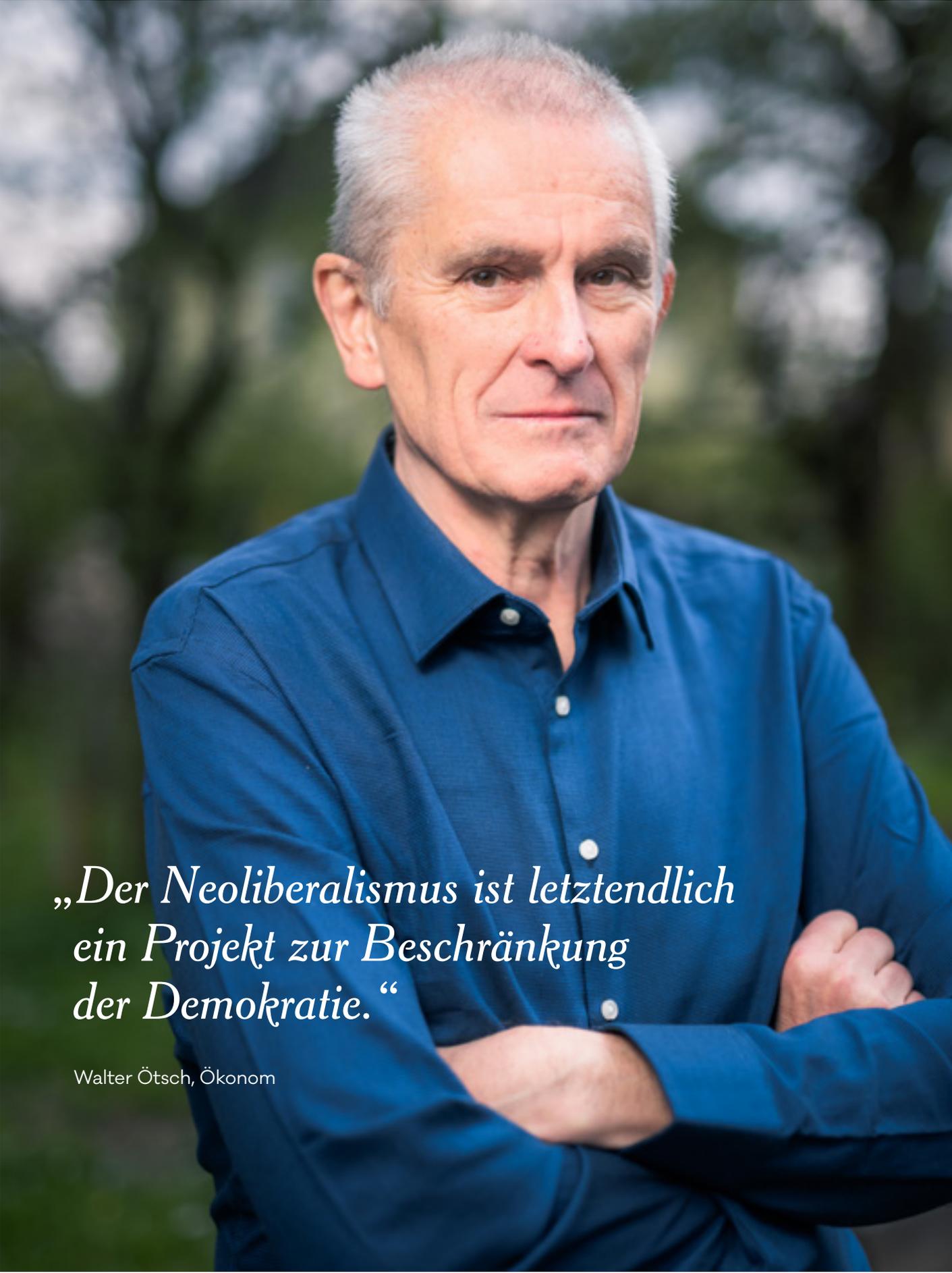
ab den 1970er-Jahren in die Zentren der politischen Macht gekommen sind. Nach den 1990er-Jahren, nach dem Kollaps des Staatssozialismus, wurde der Neoliberalismus schließlich zur bestimmenden Ideologie.

**Die Ideologie der „unsichtbaren Hand des freien Marktes“, die alles lenkt?**

Die neoliberale ideologische Frage ist: Wollt ihr mehr Markt oder wollt ihr mehr Staat? Der Markt wird dabei als Mechanismus mit optimalen Eigenschaften verstanden. Der effiziente Markt auf der einen und der bürokratische Staat auf der anderen Seite werden in eine fiktive Gegenposition gebracht. Der Staat soll dabei zum einen „den Markt“ herstellen, und zum anderen darf er nicht in ihn „eingreifen“ – ein tief widersprüchliches Konzept. Allen Widersprüchen zum Trotz ist dieses duale Bild – Markt gegen Staat – in die Denkweise von Ökonom\*innen, Politiker\*innen, in die Medien und in die gesamte Gesellschaft eingeflossen. Aktuell leben wir in einer ökonomisierten Gesellschaft.

**Der Liberalismus wird grundsätzlich mit Freiheit in Verbindung gebracht. Was versteht der Neoliberalismus darunter?**

Neoliberalismus ist ein neuer Liberalismus, wie der Name sagt. Er basiert auf dem klassischen Liberalismus des 17. und 18.

A portrait of an older man with short, grey hair, wearing a blue button-down shirt. He is standing outdoors with his arms crossed, looking directly at the camera. The background is a blurred green landscape with trees.

*„Der Neoliberalismus ist letztendlich ein Projekt zur Beschränkung der Demokratie.“*

Walter Ötsch, Ökonom

**Harte Kritik übt Ötsch an der Neuausrichtung der ÖVP und Sebastian Kurz: „Das traditionelle neoliberale Programm wird einerseits weitergeführt und andererseits diskursiv mit starken rechts-populistischen Elementen durchwoben.“**

Jahrhunderts und formt ihn in Richtung eines nur ökonomischen Liberalismus um. Freiheit wird hier nur noch als Handlungsfreiheit begriffen – eine negative Freiheit, die Freiheit von den Eingriffen anderer, keine positive Freiheit im Sinne von Freiheitsrechten. Werte wie Gerechtigkeit und Solidarität werden abgelehnt.

Ein Beispiel ist die Freiheit des Milliardärs – welche Handlungsfreiheiten hat er? Und welche Freiheiten haben die zehntausend Personen, die heute an Hunger sterben? Im neoliberalen Bild sterben sie an Hunger, aber eben in Freiheit.

**Wie setzt der Neoliberalismus auf dem Kapitalismus auf?**

In der Zwischenkriegszeit diskutierten die ersten Neoliberalen: Wie kann der bedrohte Kapitalismus vor den überbordenden Ansprüchen der Demokratien gerettet werden, damit er weiterbestehen kann? Als ökonomischer Liberalismus sollen die Ansprüche der Bevölkerung, insbesondere der arbeitenden Bevölkerung, beschränkt werden. Der Neoliberalismus ist letztendlich ein Projekt zur Beschränkung der Demokratie.

**Damit wir nicht zu tief in der Theorie versinken: Wie hat sich der Neoliberalismus denn realpolitisch entwickelt?**

In den USA gab es bei den Konservativen einen Schwenk in den sechziger Jahren, der mit vielen Faktoren zu tun hatte: Die Black-Power-Bewegung, die Frauenrechte und auch die Entstehung der ökologischen Bewegung führten dazu, dass sich das Unternehmertum bedroht fühlte. Es entstanden neue neoliberale Think-Tanks, die aggressiv auf die Beeinflussung der Politik gerichtet waren – und bis heute aktiv sind.



**Dann wurde Anfang der achtziger Jahre Ronald Reagan US-Präsident und senkte unter anderem die Einkommensteuern dramatisch.**

Das Interessante ist, dass die Konservativen in den USA und in England diese Änderung zeitgleich vollzogen haben. Bevor sie Premierministerin wurde, war Margaret Thatcher Vizedirektorin eines neoliberalen Think-Tanks, der explizit gegründet wurde, um die britischen Tories neoliberal zu machen. Thatcher hat unter anderem im sogenannten Big-Bang 1985 die Finanzmärkte dereguliert und eine klare Politik der Deindustrialisierung des Landes unternommen. Zuvor führte sie einen militanten Kampf im über einjährigen Bergarbeiterstreik gegen die Gewerkschaften – mit Toten. Thatcher brach die Macht der Gewerkschaften in Großbritannien, die sich davon nie wieder erholen konnten.

**Aber der große Coup, wenn man das so nennen kann, war der Einfluss des Neoliberalismus auf die SPD und Gerhard Schröder.**

Ja. Die Agenda 2010, ein umfangreiches und widersprüchliches Reformpaket in

Schröders zweiter Regierungsperiode – Stichwort Hartz IV. Erst vor wenigen Monaten gab es einen offiziellen Beschluss der SPD, in dem sich die deutschen Sozialdemokraten gegen die Hartz-IV-Reformen ausgesprochen haben, die sie selbst eingeführt haben.

**Deutschland hat zudem eine Schuldenbremse eingeführt, und zeitgleich hat die EU eine harte Austeritätspolitik in Griechenland durchgesetzt. Kann man die Schuldenbremse und die Austeritätspolitik als neoliberale Instrumente verstehen?**

Das kann als neoliberale Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 und 2009 verstanden werden: Sie führte zu einem Einbruch, der in den ersten Monaten, gemessen an einer Reihe von Indikatoren, an die Weltwirtschaftskrise 1929 erinnert hat. Die Bevölkerung hat dann jahrelang gelesen: Krise, Krise, Krise, Rettungspakete in Billionen, Hunderte Milliarden Euro – das sind Dimensionen, die den normalen Betrachter beziehungsweise die Betrachterin und auch Ökonominen und Ökonomen überfordert haben. Der Punkt

ist: Diese Vorgänge wurden nie ernsthaft reflektiert, die Politik hat auch die Krise 2008/09 in der Öffentlichkeit nicht erklärt.

**Erklärt wurde nicht, aber es wurden doch zumindest „Schuldige“ ausgemacht?**

An Griechenland wurde ein Exempel statuiert. Das Land hatte strukturelle Probleme, etwa Korruption und eine sehr geringe Steuerbasis. Ab 2010 wurde die Krise 2008/09 erfolgreich als Staatsschuldenkrise und als Eurokrise umgedeutet.

**Beachtlich, denn schließlich hat der Finanzsektor seine Krise ganz allein selbst verursacht.**

2008 wurde die Krise nicht erklärt, 2010 gab es aber plötzlich ein Narrativ, und damit war es möglich, wieder in das neoliberale Fahrwasser einzutreten. Die Folgen waren eine Neudefinierung der Maastricht-Kriterien und das Instrument der Schuldenbremse, die in vielen Ländern der EU im Verfassungsrang steht. Insgesamt ist Folgendes passiert: Das neoliberale System geriet in eine selbstproduzierte Krise, die sich in seinem Zentrum, den Finanzmärkten vor allem an der Wall Street, abgespielt hat. Das war keine exogene Krise, daran waren keine anderen Länder schuld. Das neoliberale Denken und die neoliberalen Eliten waren einige Monate angeschlagen. Es passierte ihnen aber nichts, sie wurden nicht zur Verantwortung gezogen, und es folgte ein Rückschlag, wie die Staatsschuldenbremse. Das heißt, die Krise 2008/09 hat den Neoliberalismus gestärkt und nicht geschwächt. Die Frage ist, ob das jetzt durch die Pandemie wieder passieren kann.

**Welche Rolle spielt der Neoliberalismus in der Bewältigung der Sozial- und Wirtschaftskrise, ausgelöst durch die Pandemie?**

Die Regierungen der reichen Länder bestimmen mit riesigen Summen de facto die Strukturen der Wirtschaft der Zukunft – aber in einer Planlosigkeit, die historisch beachtlich ist. Die Politik hätte jetzt viele Handlungsoptionen. Die Politik könnte sagen, sie ret-

tet bestimmte Branchen und manche nicht, denn sie kann nicht alle retten. Sie kann auch zeitweise das große Elend von und durch Arbeitslosigkeit mildern. Aber das Bemerkenswerte – und das ist ein neoliberales Element: In der neoliberalen Art, Politik zu machen, haben die Politiker\*innen offensichtlich die Fähigkeit verloren, einen gestaltenden Plan zu entwickeln, in dem die zentralen Fragen beantwortet werden, nämlich: Wie soll Österreich in zehn, zwanzig, dreißig, fünfzig oder hundert Jahren aussehen?

**Wo sehen Sie die Zukunft des Neoliberalismus?**

Das neoliberale Wirtschaftsmodell befindet sich in einer tiefen Krise, und damit auch die Politik. Die Krise der Politik ist auch eine Repräsentationskrise – ein wachsender Teil der Bevölkerung fühlt sich von der Politik nicht mehr repräsentiert.

Eine konservative Option ist dann, auf Rechtspopulismus zu setzen. Das haben wir in den USA bei den Republikanern, in England bei der Conservative Party und auch in Ungarn sowie in Polen gesehen.

**Und wir sehen das bei der Kurz-ÖVP.**

Das spezielle österreichische Phänomen ist die Neuausrichtung der ÖVP unter Bundeskanzler Sebastian Kurz. Das traditionelle neoliberale Programm wird einerseits weitergeführt und andererseits diskursiv mit starken rechtspopulistischen Elementen durchwoben.

*„Politische Inhalte werden nicht mehr diskutiert. Ein großer Teil der medialen Öffentlichkeit in Österreich unterstützt das.“*

**Was macht den Rechtspopulismus der ÖVP aus?**

Der Rechtspopulismus beruht auf dem Bild einer gespaltenen Gesellschaft: Es gibt ein „Wir“ und es gibt „die anderen“, es gibt immer Sündenböcke und es gibt immer Opfer. In dieser fiktiven Welt ist politischer Diskurs nur mehr ein Streit zwischen Gruppen, aber kein inhaltlicher Diskurs mehr. Das kann man in der Kurz-ÖVP in einem hohen Maße beobachten. Politische Inhalte werden nicht mehr diskutiert. Ein großer Teil der medialen Öffentlichkeit in Österreich unterstützt das.

**Wohin führt uns jetzt der neoliberale Weg?**

Der Neoliberalismus ist eine Ideologie, die keine Probleme löst, sondern wie eine Lawine oder eine Dampfwalze vor sich herschiebt. Genau das passiert mit den ökologischen Fragen, mit der Verteilungsfrage oder mit der Frage der Überwachung durch große IT-Konzerne. Die großen strukturellen Probleme werden nicht gelöst. Wenn wir uns um die Zukunft sorgen, dann brauchen wir viele Menschen, die engagiert viele konkrete Projekte angehen. Die Hoffnung ist, dass diese Inseln des Widerstandes einmal zu einer gemeinsamen Bewegung werden. ▀

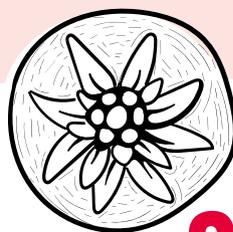
**& PODCAST**

Das ausführliche Interview als Podcast finden Sie unter

[www.arbeit-wirtschaft.at/podcast](http://www.arbeit-wirtschaft.at/podcast)

# Wem gehört Österreich

Die Alpenrepublik besteht zu einem riesigen Anteil aus Wald, Wiesen und Äckern – doch wem gehört der Grund eigentlich? Beim Blick auf die Karte wird schnell klar: Auch beim Grundbesitz konzentriert sich das meiste auf die Hände weniger. Der mit Abstand größte Grundbesitzer ist zwar der Bund, doch dahinter folgt eine Reihe ehemals adeliger Familien – gemeinsam besitzen sie etwa zwei Prozent des gesamten österreichischen Bundesgebiets.



Alpenverein

**33.500** HEKTAR



Familie Liechtenstein

**25.000** HEKTAR



Familie Schwarzenberg

**20.000** HEKTAR

Fami

?



Franz Mayr-Melnhof-Saurau

**32.400** HEKTAR



Stadt Wien

**58.000** HEKTAR



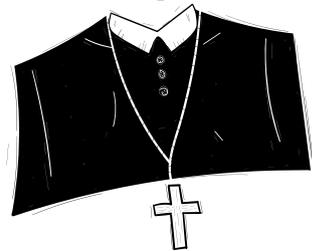
Bundesforste

**861.000** HEKTAR



Esterházy Betriebe

**44.000** HEKTAR



Stift Admont

**25.500** HEKTAR



Land Steiermark

**16.000** HEKTAR



lie von Baumbach

**29.500** HEKTAR

# Let the Rich pay for COVID

*Die Corona-Krise als Brennglas verstärkt soziale Ungleichheiten und macht sie sichtbar für alle. Nicht umsonst werden Rufe lauter, die Gewinner\*innen der Krise zur Kasse zu bitten.*

TEXT FELIX SCHMIDTNER



# „Es gibt keinen falschen Zeitpunkt für eine Vermögenssteuer.“

David Mum, GPA

**E**in starker Satz: „Gerade die Reichsten können sich bequem Erbschafts- und Vermögenssteuern leisten.“ Und den sagt weder eine Professorin oder eine Gewerkschafterin, sondern eine zukünftige Millionenerbin. Marlene Engelhorn hat beschlossen, 90 Prozent ihres Erbes zu spenden. Angesichts der sozialen Ungleichheit, sagt sie. Über weitere Motive können wir nur spekulieren. Ihr Familienname war bisher primär nämlich eher mit Steuerhinterziehung verknüpft.

Fest steht jedoch, dass das Thema auch damit wieder mehr Aufmerksamkeit bekommt. Selbst Akteure wie der Internationale Währungsfonds (IWF) fordern nun eine Reichensteuer. David Mum von der Gewerkschaft GPA merkt an: „Gerade der IWF hat mit seiner Politik weltweit Ungleichheiten verstärkt. Aber man sieht einen Lernprozess.“ Die GPA fordert bereits seit 2007 die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Österreich hatte nämlich schon mal eine. Diese war eine „aus-trifizierte“ Variante der deutschen. Ihre Wurzeln lagen in der preußischen „Ergänzungssteuer“ von 1893. Auf die Reformen des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger folgte 1922 das erste deutsche Vermögenssteuergesetz. Dieses wurde nach dem „Anschluss“ 1939 auch in Österreich verabschiedet und auf Basis des Reichsüberleitungsgesetzes nach dem Krieg angewandt – bis 1954 das Vermögensteuergesetz folgte. Das bestand bis zur Steuerreform Ferdinand Lacinas (SPÖ). Die hauptsächlich von Unternehmen getragene Steuer sollte zu einer reformierten Grund- und Erbschaftssteuer passen. So jedenfalls die Argumentation.

## Zeit für eine Erbschafts- und Vermögenssteuer ab einer Million Euro? IFES-Umfrage Mai 2020



**JA  
73%**

Für eine Neuauflage gibt es längst verschiedene Modelle. Zur Veranschaulichung eignet sich zum Beispiel gut das – befristet für die Krise angedachte – 1-2-3-4-Modell, für das auch Mum wirbt. Dieses sieht einen großzügigen Freibetrag vor, gepaart mit einem niedrigen, aber progressiven Steuersatz: ab einer Million Euro Vermögen ein Prozent Steuer, gefolgt von zwei Prozent ab zehn Millionen, drei Prozent ab 100 Millionen und vier Prozent ab einer Milliarde. „Es geht darum, dass auch Millionär\*innen einen Beitrag mit ihrem Vermögen leisten“, so Mum, „ein Prozent Steuer macht den Reichen wenig aus, bringt Staat und Gesellschaft aber viel!“

### Die Mehrheit ist dafür

Letztes Jahr führte IFES im Auftrag der GPA zwei Umfragen durch: Im Jänner 2020 waren 64 Prozent von 1.000 Befragten für eine Besteuerung von Vermögen über einer Million Euro. Zwölf Prozent machten hier keine Angabe. Im Mai 2020 waren 73 Prozent für eine Erbschafts- und Vermögenssteuer ab einer Million Euro, und nur fünf Prozent enthielten sich einer Angabe. Das Magazin „profil“ gab heuer ebenfalls eine Umfrage in Auftrag und folgerte daraus: „Die Mehrheit ist der Ansicht, dass die durch die Pandemie gewachsenen Schulden durch Reichensteuern zurückgezahlt werden sollen.“

Angesprochen auf diese Umfragen verweist das Finanzministerium auf die hohe Steuerquote: „Bereits jetzt zahlen 20 Prozent der Menschen 80 Prozent der Steuern und Abgaben.“ Österreich gehöre angeblich zu den Ländern „mit der größten Umverteilung“. Das „Comeback Österreichs“ solle daher durch Wachstum erreicht werden. Zumal Österreich bereits kraftvolle Unterstützung in der Krise leiste: „Mit 11,7 Prozent des BIP investiert Österreich laut IWF mehr in seine Corona-Hilfen als unser Nachbarland Deutschland mit 11 Prozent.“ Die Wirtschaftskammer positioniert sich ähnlich: „Unternehmen brauchen jetzt ermutigende Impulse und Perspektiven“, wie die „Investitionsprämie, die ein Anreiz in Milliardenhöhe“ sei und so auf Dauer 800.000 Jobs schaffe.

Die Krise trifft aber nicht alle Branchen gleich. Gastronomie und Beherbergung sind zwar stark in Mitleidenschaft gezogen, mit staatlichen Hilfen habe man aber auch hier Gewinner und Verlierer produziert, wie Anna Hehenberger, Ökonomin beim Momentum Institut, vorrechnet: „Bei einem Hotel, in dem das Personal in



Österreich zählt  
beim Thema  
Ungleichheit inter-  
national zu den  
Schlusslichtern,  
konstatiert AK-  
Expertin Franziska  
Disslbacher.

Kurzarbeit ist oder entlassen wurde, entfallen Personalkosten – und solange der Betrieb zu ist, ebenso der Einkauf. Mit dem Fixkostenzuschuss können übrige Kosten gedeckt werden. Der Umsatzerlass oder Ausfallbonus subventioniert dann Gewinne.“ Treffsicherheit sei das Gebot der Stunde.

Während auf diese Weise Hotels, Baumärkte und Supermärkte gut durch die Krise kamen, wurde der Bekleidungshandel hart getroffen. Für Aussagen über Ein-Personen-Unternehmen (EPUs) oder den Kulturbereich mangelt es noch an der Datenlage.

Die Investitionsprämie bewertet Hehenberger nicht per se als schlecht, man müsse aber „zugeben, dass sie vielen gar nicht hilft“. Und weiter: „Sie ist aber auch keine Krisenbewältigungs-, sondern eine Konjunkturmaßnahme.“ In der Bedeutung – die Regierung rechnet mit 55 Milliarden Euro an ausgelösten Investitionen – werde sie maßlos überschätzt. „Viele Investitionen wären sowieso bereits geplant gewesen, zudem mangelt es an Transparenz“, so Hehenberger.

## Steuerfairness und soziale Ungleichheit

Zur Abgabenquote meint Mum, dass 80 Prozent der Steuern sowie von der arbeitenden und konsumierenden Bevölkerung getragen werden und nicht etwa von Reichen. „Eine Vermögenssteuer würde Steuern fairer verteilen“, so Mum. Was die angebliche „Umverteilung“ anlangt, wünschen sich vermutlich alle Befürworter\*innen jene „Umverteilung“, die Kritiker\*innen sehen. Einkommen und Vermögen sind in Österreich nämlich extrem ungleich verteilt.

Der Ökonom und Autor des Buches „Überreichtum“, Martin Schürz, nennt ein anschauliches Beispiel: „Die Hälfte der Bevölkerung in Österreich hat fast kein Vermögen. Ihr Anteil am Gesamtvermögen liegt bei nur 3,6 Prozent. Wer ein Eigenheim besitzt, gehört bereits zur oberen Hälfte.“

Dass eine Vermögenssteuer allein diese Unterschiede bekämpfen kann, glaubt niemand. Martin Schürz meint dennoch: „Vermögens- und Erbschaftssteuern sind wichtige Instrumente, um eine weniger ungleiche Gesellschaft zu erreichen. Manche Reiche wer-

den versuchen, dieser Besteuerung zu entkommen. Doch gerade diese Macht der Vermögenden ist problematisch und veranschaulicht die Sinnhaftigkeit der Besteuerung.“

David Mum fügt diesbezüglich hinzu: „Die Vermögenssteuer muss Teil eines breiteren Bündels sein, zu dem auch Kollektivverträge, Sozialstaat und öffentliche Infrastruktur gehören, die Teilhabe und gleichere Chancenverteilung ermöglichen.“

Auch Franziska Disslbacher, die sich bei der AK mit Einkommens- und Vermögensverteilung auseinandersetzt, sieht das ähnlich und ergänzt: „Neben einer Erbschafts- und Vermögenssteuer braucht es unbedingt ein Bündel an Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Ungleichheiten! Hier zählt Österreich zu den Schlusslichtern.“ Als notwendige Maßnahmen nennt sie den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze sowie eine Arbeitszeitverkürzung.

## Vermögensdeckelung mit Thomas Piketty

Was die Vermögenssteuer betrifft, kommt es ihrer Meinung nach auf die Ausgestaltung an: „Wenn es nicht um den budgetären Aspekt, sondern um soziale Ungleichheit geht, ist das Modell von Thomas Piketty interessant. Das würde zudem eine Deckelung für die größten Vermögen beim 10.000-fachen Durchschnittsvermögen bedeuten.“ Im Gegensatz zum 1-2-3-4-Modell richtet sich das Piketty-Modell nämlich nicht nach dem absoluten Vermögen, sondern nach dem relativen. Es sieht zudem deutlich höhere Steuersätze vor. Aufgrund der Komplexität des Modells gebe es hierzu aber keine Befragungsdaten, wie Eva Zeglovits, Leiterin des IFES-Instituts erklärt.

Was die Zustimmung zu Vermögenssteuern angeht, kam der deutsche Soziologe Patrick Sachweh mit seiner Kollegin Debora Eicher zu einer weiteren interessanten Erkenntnis. „Kommt Vermögen nicht durch Arbeit, sondern durch Erbe, Heirat oder Spekulation zustande, steigt die Zustimmung“, erklärt Sachweh. „Aber alles, was auf leistungsbezogenen Erwerb hindeutet – wenn jemand etwa aus armer Familie stammt und zu Vermögen kommt –, senkt die Zustimmung.“

# DREI FRAGEN ZUM THEMA

## Die Mittelschicht und der soziale Zusammenhalt

Sachweh beschäftigt sich als Professor an der Universität Bremen auch intensiv mit der Bedeutung der Mittelschicht für den sozialen Zusammenhalt. „In den letzten Jahren beobachteten wir mit dem Anstieg der sozialen Ungleichheit eine Polarisierung innerhalb der Mittelschicht“, so Sachweh. „Und wenn wir über Vermögen reden, müssen wir auch an die obere Mittelschicht denken, die bereits fähig ist, Vermögen zu bilden – gerade über Erbschaften.“ Diese würde sich oftmals gegen Vermögenssteuern stellen, auch wenn sie angesichts der Freibeträge nicht betroffen wäre. „Eine Abstiegsangst ist natürlich da, denn Altersabsicherung hängt von Vermögen ab, und individuelle Altersvorsorge wurde in den letzten Jahren von der Politik propagiert.“

*„Wenn es begünstigende Bedingungen für Vermögenssteuern gibt, dann sind es Krisen!“*

Patrick Sachweh, Soziologe, Universität Bremen

Patrick Sachweh und Kolleg\*innen haben verschiedene Dynamiken innerhalb der Mittelschicht festgestellt: Auf ein „Auseinanderdriften der Lebenswelten“ und „Statuskonkurrenzen“ folge ein gegenseitiges „Nicht-Verstehen“ sowie eine Entsolidarisierung. „An dieser sozialen Trennung können Vermögenssteuern nichts ändern. Hier braucht es soziale Räume, wo unterschiedliche Milieus und Schichten aufeinandertreffen können“, erklärt Sachweh.

Zuletzt ging der Trend auf europäischer Ebene in Richtung einer Abschaffung von Vermögenssteuern, etwa in Frankreich 2018. Was sagen die Expert\*innen dazu? „Es gibt keinen falschen Zeitpunkt für eine Vermögenssteuer“, meint Mum. Für Martin Schürz ist es vielmehr ein Indiz, dass die Deutungshoheit bei den Reichen liege: „Gerechtigkeitsfragen spielen kaum eine Rolle, und die Verbesserung der Lebensbedingungen armer Menschen ist kein vorrangiges politisches Ziel.“ Sachweh erinnert an den amerikanischen New Deal oder den deutschen Lastenausgleich: „Wenn es begünstigende Bedingungen für Vermögenssteuern gibt, dann sind es Krisen!“ Franziska Disslbacher sieht gegenwärtig eine „Fundamentopposition“. Argentinien hat übrigens gerade eine Sonderabgabe für die 12.000 Reichsten eingeführt. Und das ist ja doch etwas. ▀

an David Mum

Volkswirt, GPA

## Was sind die häufigsten Mythen zur Vermögenssteuer?

Ein von den Reichen bewusst gestreuter Mythos lautet, eine Vermögenssteuer müsse jede\*r zahlen. Falsch: Nur die reichsten vier Prozent besitzen mehr als eine Million Euro Vermögen. Somit profitieren 96 Prozent der Bevölkerung von Millionärssteuern, wenn man mit den fünf Milliarden Euro Einnahmen sinnvolle Leistungen finanziert. Ein anderer Mythos: Die Steuern seien eh schon hoch genug. Das stimmt aber eben nicht: Die Steuern auf Arbeit und Konsum sind hoch, aber solche auf Vermögen und Erbschaften gibt es gar nicht. Das Steueraufkommen muss daher gerechter aufgeteilt werden.

## Wieso haben die Gegner\*innen derart Gewicht?

Sie sind reich, mächtig und gut vernetzt. Mitunter spenden sie an Parteien, die ihre Interessen und Privilegien verteidigen. Auch viele Medien gehören den Gegner\*innen von Millionärssteuern. Insofern ist es ein gutes Zeichen, dass die Mehrheit in Österreich für eine Millionärssteuer ist. Die Finanzierung der Krisenkosten braucht einen Beitrag der Reichen. Diese haben massiv davon profitiert, dass mit Hilfspaketen auch ihre Vermögen gerettet wurden.

## Und was kann man dagegen tun?

Wir müssen uns einmischen. Wenn die Reichen die Spielregeln bestimmen, dann werden sie das Spiel gewinnen. Dann nutzen sie den Staat, um ihre Interessen und Privilegien zu schützen. Reichtum ist nie das alleinige Ergebnis von Anstrengung und Leistung, sondern auch von Erbschaften, Marktmacht und Zugang zu Netzwerken. Allein kann man nicht reich werden: Vermögen kann nur entstehen, wenn die Rahmenbedingungen es ermöglichen. Es ist unmöglich, durch „normale“ entlohnte Arbeit überreich zu werden. Wenn der oder die Durchschnittsösterreicher\*in das gesamte Gehalt sparen würde, bräuhete es 700.000 Jahre, um das Vermögen von Didi Mateschitz zu „erarbeiten“.

# Das Private ist politisch

**Was bedeutet die Pandemie in Sachen Gleichberechtigung? Welche Auswirkungen hat sie auf die Verteilung von Geld und Zeit zwischen den Geschlechtern – und was gilt es jetzt zu tun? Katharina Mader über Auswirkungen der Krise und nötige Maßnahmen.**

INTERVIEW BEATRICE FRASL

**Arbeit&Wirtschaft: Was ist der Gender-Pay-Gap, also die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern, und wie hoch ist er eigentlich in Österreich im Moment?**

**Katharina Mader:** Im Wesentlichen ist es der Unterschied im Einkommen zwischen den Geschlechtern. Laut Statistik Austria liegt der Gender-Pay-Gap im Moment bei 19,4 Prozent. Wenn man erklärende Faktoren wegrechnet, zum Beispiel, dass viele Frauen Teilzeit arbeiten, dass sie länger in Karenz gehen, kann man bis in den einstelligen Bereich herunterrechnen. Aber: Nur weil wir etwas

**Wie ist Vermögen zwischen den Geschlechtern verteilt?**

In Österreich besteht zwischen Frauen und Männern ein Vermögensunterschied von 30 Prozent. Insgesamt hat das oberste Prozent den größten Teil des Vermögens, und Frauen gehören so gut wie nie zu diesem obersten Prozent. Die Geschichte, dass man sich Vermögen erarbeiten könne, ist tatsächlich nur eine Geschichte, denn in Österreich ist Vermögen stark vererbt. Interessanterweise erben Männer mehr als Frauen trotz der Diskriminierungsfreiheit

haben. Das resultiert im Gegenteil von Vermögen – nämlich in Altersarmut.

**Wir leben in einer Gesellschaft, in der sämtliche Ressourcen sehr ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt sind – nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Wie sieht es denn aus mit der Arbeitsverteilung in den Haushalten und wie verändert sich die Situation durch die Corona-Krise?**

In allen Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte konnten wir sehen, dass Risiken und Belastungen in die Privathaushalte und dabei vorrangig an Frauen ausgelagert wurden. Das war auch diesmal so: Alleinerzieherinnen hatten im ersten Lockdown 15-Stunden-Tage. Und neun Stunden davon haben sie unbezahlt gearbeitet. Bei Frauen in Paarausgaben waren es 14 Stunden und davon sogar 9,5 Stunden unbezahlte Arbeit. Es macht also keinen Unterschied, einen Partner im Haushalt zu haben oder nicht, wenn es darum geht, wie groß die Belastungen von Frauen sind. Das hat mit Geschlechterrollen zu tun: Männer gelten immer noch als Familiernährer, Frauen als die, die dazuverdienen. Das hat sich in der Krise noch zugespitzt. Es war schnell klar, wessen Job der wichtigere ist, wer zu Hause einen Arbeitsplatz hat und wer zwischen den Kindern am Küchentisch oder Sofa gearbeitet hat. Wer die Tür zumachen konnte und wer in der Nacht gearbeitet hat, wenn die Kinder im

*„Männer gelten immer noch als Familiernährer, Frauen als die, die dazuverdienen.“*

Katharina Mader, Ökonomin

erklären können, heißt das nicht, dass es fair ist. Wir sehen außerdem, dass der Gap in den letzten zehn Jahren nur um etwa 5 Prozent gesunken ist. Es ist auch nicht ganz geklärt, wie er sich in Krisen verhält. Wir wissen, dass er in Wirtschaftskrisen sinken kann, weil bestimmte Menschen aus der Erwerbstätigkeit herausfallen. Wenn zum Beispiel viele Frauen ihre Jobs verlieren, die davor Teilzeit gearbeitet haben, und jene, die Vollzeit erwerbstätig sind, bleiben, dann sinkt der Gender-Pay-Gap, aber es hat keine Fortschritte in Sachen Gleichstellung gegeben.

im Erbschaftsrecht, da Unternehmen durch Vererbung nicht zerschlagen werden dürfen. Und landwirtschaftliche Betriebe, die in Österreich sehr relevant sind, werden in der Regel in männlicher Linie vererbt. Am Vermögensunterschied sieht man, wie sich Ungleichheit zwischen den Geschlechtern potenziert. Wenn wir uns den Pensions-Gap ansehen, der mit dem Gender-Pay-Gap und dem Vermögens-Gap zusammenhängt und der ja auch bei über 40 und bis zu 50 Prozent liegt, dann sieht man, dass Frauen am Ende viel weniger zur Verfü-



**Katharina Mader** forscht und lehrt am Institut für heterodoxe Ökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sie publiziert zu feministischer Ökonomie, Vermögens- und Einkommensunterschieden zwischen den Geschlechtern sowie zur Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit.

Bett waren, weil es ja „eh nur ein paar Stunden“ sind und „nur“ der Dazuverdienst. In der Krise wurde sehr schnell klar, wer in Familien den „wichtigen“ Job und das Anrecht darauf hat, erwerbstätig zu sein, und wer die Kinder übernehmen muss. Über 70 Prozent der Frauen, die wir gefragt haben, gaben an, dass sie auch schon vor der Krise für die Kinderbetreuung zuständig waren – für die Organisation, dafür, die Kinder in die Schule zu bringen, zu wissen, wann Schularbeiten sind usw. Jetzt sind sie dafür zuständig, danebenzusitzen und zu unterrichten.

**Was bedeutet dieses Zurückdrängen von Frauen aus der Erwerbsarbeit auf ökonomischer Ebene?**

Das können wir noch in keiner Weise abschätzen. Wir wissen nicht, wie viele Frauen wir wieder in Beschäftigung kriegen, wie viele langzeitarbeitslos werden oder nie mehr in die Berufe und Löhne zurückkommen, in denen sie davor gearbeitet haben. Wir haben keine Ahnung, was das für die Lebens Einkommen von Frauen insgesamt beziehungsweise für Altersarmut bedeutet, welche volkswirtschaftlichen Effekte diese vielen Belastungen und die Zunahme an psychischen Erkrankungen haben werden. Wir können also noch überhaupt nicht abschätzen, wo uns da überall noch gleichstellungspolitische Baustellen erwarten. Jede Krise schickt uns ein Stück weit in vergangene Kämpfe zurück.

**Welche Maßnahmen braucht es, um manche dieser negativen Effekte abzufedern?**

Was mit der gestiegenen Arbeitslosigkeit von Frauen einhergeht: dass Mütter auf dem Arbeitsmarkt noch einmal ein ganzes Stück unattraktiver geworden sind, da niemand sie einstellen will, wenn in zwei Wochen der Kindergarten wieder schließen könnte. Das zu bremsen wäre die wichtigste arbeitsmarktpolitische Maßnahme für Frauen.

Einige Uraltkonzepte sind jetzt noch einmal relevanter geworden – beginnend bei verpflichtend geteilten Karenzzeiten bis zur lange erhobenen Forderung nach flächendeckender qualitativvoller Kinderbetreuung. Wir müssen uns außerdem über die Pflege von alten und pflegebedürftigen Menschen Gedanken machen. Es braucht strukturelle Bedingungen, in denen man nicht auf das Konstrukt der 24-Stunden-Pflege zurückgreifen muss. Der Staat nimmt sich aus der Verantwortung und verschiebt sie in den schlecht bezahlten Bereich, auf Migrantinnen. Wir alle werden diese Pflege irgendwann brauchen. Wir müssen uns die Frage stellen: Wie soll man mit mir umgehen, wenn ich alt bin, und was brauchen die Menschen, die mich pflegen, um diese Arbeit auch qualitativvoll auszuführen?

Außerdem braucht es eine Arbeitszeitreduktion. Die ist Vorbedingung dafür, dass sich Paare unbezahlte Arbeit besser teilen können. Allerdings: In Ländern, in denen die Arbeitszeit verkürzt wurde und gleichzeitig keine gleichstellungspolitischen Maßnahmen gesetzt wurden, hatte sie keinen Effekt auf die Verteilung von unbezahlter Arbeit. Es braucht also parallel dazu Anreize oder Sensibilisierung, unbezahlte Arbeit in Haushalten gleich zu verteilen.

Wir müssen endlich verstehen, dass das Private politisch ist. Die Sensibilisierungskampagne von Helga Konrad aus dem Jahr 1995 „Ganze Männer machen halbe-halbe“ könnte man wahrscheinlich eins zu eins noch mal spielen und sie würde Augen öffnen. ▀

**& PODCAST**

Das ausführliche Interview als Podcast finden Sie unter [www.arbeit-wirtschaft.at/podcast](http://www.arbeit-wirtschaft.at/podcast)

# Überreiche im Geldregen

**Die Corona-Pandemie vergrößert die soziale Kluft: Während die Reichsten ihre Vermögen weiter vermehren, könnte es laut Oxfam-Berechnungen ein Jahrzehnt oder länger dauern, bis die Ärmsten die Auswirkungen dieser Krise überwunden haben. Helfen würde ein massiver Ausbau vermögensbezogener Steuern.**

TEXT ALEXIA WEISS



Wie kommt es, dass das Vermögen von Amazon-Gründer Jeff Bezos laut verschiedener internationaler Studien seit Beginn der Corona-Krise um etwa 75 Prozent gewachsen ist, das von Facebook-CEO Mark Zuckerberg um fast 110 Prozent und das von Tesla-Chef Elon Musk gar um 600 Prozent?

Ende 2020 war das Vermögen der zehn reichsten Männer der Welt seit Februar 2019 um fast eine halbe Billion US-Dollar gestiegen, rechnet Oxfam Deutschland vor und spricht im selben Atemzug von einem „Ungleichheitsvirus“. Wobei Franziska Disslbacher von der Arbeiterkammer Wien betont: „Nicht das Virus an sich verschärft die Ungleichheit, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Reaktion der Politik.“

Einerseits gibt es klare Krisengewinner: Dazu zählen Unternehmen in den Bereichen Online-Handel und IT, Pharmafirmen, aber auch Zustelldienste, erklärt David Mum von der Gewerkschaft GPA. Hier falle auf, dass es sich bei jenen Unternehmen, die derzeit riesige Vermögenszuwächse verzeichnen, oft um Firmen handle, „in denen Arbeitnehmer\*innen besonders schlechte Arbeitsbedingungen vorfinden – Beispiel Amazon“, ergänzt Disslbacher.

## Aktienkurse kletterten hoch

Andererseits stiegen in den vergangenen Monaten die Aktienkurse massiv. Warum? „Zu Beginn der Krise sind die Finanzvermögen dahingeschmolzen. Durch die Hilfspakete der Regierungen und die expansive Geldpolitik der Notenbanken wurden die Aktienkurse in sehr kurzer Zeit in die Höhe getrieben“, erklärt Mum. Anleihen zu nehmen sei aufgrund der aktuellen Niedrigzinspolitik nicht mehr attraktiv. Investor\*innen würden daher verstärkt auf Aktien zurückgreifen, das erhöhe die Nachfrage und treibe damit auch den Preis in die Höhe. Die gestiegenen Kurse seien damit ein Nebeneffekt der expansiven Geldpolitik.

Wer aber besitzt Aktien? Einerseits legen Versicherungen oder aber Pensionsfonds auf diese Weise Mittel an. Aktienvermögen, das Privatpersonen gehört, ist dagegen „bei den oberen fünf Prozent konzentriert“, betont der GPA-Experte. Es sind also die sehr Reichen, die hier massiv profitieren.

Noch gibt es dazu keine aktuellen Daten für Österreich. Doch schon bisher (Daten aus 2017, publiziert 2019) besaß das reichste Prozent – die rund 39.000 vermögendsten Haushalte – hierzulande knapp 39 Prozent des Nettovermögens, während auf die ärmsten 50 Prozent nur 2,8 Prozent des Vermögens entfielen, so Mum. Diese Kluft dürfte sich nun noch verstärken.

Oxfam hat sich nun in der Krise die Situation für das Nachbarland Deutschland angesehen. Dort verfügten die zehn reichsten Menschen Ende 2020 über ein Gesamtvermögen von rund 242 Milliarden US-Dollar und verzeichneten damit trotz Pandemie eine Steigerung von rund 35 Prozent beziehungsweise 62,7 Milliarden US-Dollar gegenüber Februar 2019. Zu diesen reichsten Milliardär\*innen zählen die Aldi-Eigentümer\*innen Beate Heister und Karl Albrecht jr.

Wie Franziska Disslbacher betont, konnten aber auch Hyperreiche aus Österreich ihr Vermögen in dieser Krise kräftig vermehren. Sie bezieht sich hier auf den

*„Die Hauptlast der Krise tragen vor allem kleine und mittlere Unternehmen sowie Arbeiter\*innen ...“*

Oxfam Deutschland

Milliardärsindex von Bloomberg, dem zufolge Red-Bull-Miteigentümer Dietrich Mateschitz seinen Reichtum in der Krise bis Februar 2021 um 29 Prozent vermehren konnte, Johann Graf (Novomatic AG) gar um 62 Prozent.

## Unternehmen gewinnen, Beschäftigte verlieren

Gleichzeitig rutschen immer mehr Beschäftigte – auch in Unternehmen, die weiter hohe Profite erzielen – in die Armut. Denn, so scheint es, die Interessen etwa von Aktionär\*innen haben Vorrang vor der existenziellen Absicherung von Arbeitnehmer\*innen. Oxfam beschrieb dies am Beispiel des deutschen Automobilkonzerns BMW. 2020 wurden an dessen Aktionär\*innen über 1,6 Milliarden Euro an Dividenden ausgezahlt. Davon kam rund die Hälfte den Hauptaktionär\*innen Susanne Klatten und Stefan Quandt zugute. Gleichzeitig mussten im Frühjahr 20.000 Mitarbeiter\*innen in Kurzarbeit gehen. Fazit des Oxfam-Papiers: „Die Hauptlast der Krise tragen vor allem kleine und mittlere Unternehmen sowie Arbeiter\*innen – und hierbei überproportional Frauen mit niedrigen Löhnen.“

Hier setzt auch Disslbacher an. Die Fehler, die nach der Finanzkrise von 2008 gemacht wurden, dürften nun nicht wiederholt werden. „Damals war das große Credo: Die Unternehmen müssen gerettet werden. Aber nur sehr wenige Menschen

haben Eigentum an Unternehmen. Es ging also letztendlich um die Rettung der Vermögenswerte der Reichsten.“ Geschultert wurden die Ausgaben für die Rettungspakete schlussendlich jedoch großteils von den Arbeitnehmer\*innen. „Und das gilt es nun zu vermeiden: dass hier ähnlich wie nach 2008 die Kosten dieser Krise auf dem Rücken der vielen, der Systemerhalter\*innen, der Alltagsheld\*innen, hereingebracht werden.“ Wobei Mum anmerkt:

**Vermögenszuwachs von Johann Graf (Novomatic AG) während der Corona-Krise**  
Milliardärsindex Bloomberg



Die Unternehmen zu retten sei natürlich gesellschaftlich schon sinnvoll, es gehe ja auch um Arbeitsplätze. Allerdings müssten die Eigentümer\*innen der Unternehmen hier auch ihren finanziellen Beitrag leisten.

Schon jetzt sehe man die massiven Auswirkungen der Krise am Arbeitsmarkt und bei der Armutsbetroffenheit, unterstreicht Mum. Arbeiter\*innen sind öfter von Arbeitsplatzverlust betroffen als Angestellte, Jüngere stärker als jene im Haupterwerbsalter, Frauen häufiger als Männer. „Die Krise hat die ohnehin schon ungleichen Verhältnisse vergrößert. Zuerst wurden die überlassenen Arbeitskräfte abgebaut, danach Arbeiter\*innen – die Stammbeschafteten kommen eher durch.“ Damit steige die Langzeitarbeitslosigkeit und auch die Armutsquote, denn die Hälfte von Langzeitarbeitslosen rutscht unter die Armutsquote.

Es zeichne sich darüber hinaus eine Pleitenwelle bei Kleinbetrieben ab. Im Krisenjahr 2020 seien die Insolvenzen zurückgegangen, weil Zahlungsverpflichtungen aufgeschoben wurden. Nur irgendwann gibt es keinen Aufschub mehr, und Betroffene werden dann nicht wissen, wo sie das Geld hernehmen sollen, um die offenen Beträge zu begleichen. „Da kommt noch einiges auf uns zu“, betont Mum.

Noch könne man aber gegensteuern, sind sich Disslbacher und Mum einig, und zwar durch massive Investitionen der öffentlichen Hand etwa in öffentliche Beschäftigungsprogramme, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, in überbetriebliche

Ausbildungseinrichtungen, um jungen Menschen eine Perspektive zu geben, die sich derzeit bereits teils resignativ aus Arbeit und Ausbildung verabschiedet hätten. Die Gesundheitsausgaben müssten erhöht, der Pflegebereich und die Kinderbetreuung besser finanziert werden. All das könnte der drohenden weiteren Erhöhung von Ungleichheit entgegenwirken.

Stellt sich die Frage der Finanzierung: Hier plädieren beide Expert\*innen für eine Digitalabgabe für Internetunternehmen wie Amazon, für eine stärkere Besteuerung von Dividenden, für eine Finanztransaktionssteuer, um Spekulationen am Aktienmarkt zu besteuern, aber etwa auch für einen stärkeren internationalen Informationsaustausch über die Aktivitäten

multinationaler Konzerne. Ziel müsse es sein, Umsätze dort zu besteuern, wo sie gemacht werden.

Vor allem aber fordern Mum und Disslbacher die Einführung von Vermögenssteuern – Stichwort Millionärssteuern. „In Österreich kommen derzeit zwei von drei Euro an Steuereinnahmen aus Steuern auf Arbeit und Konsum“, kritisiert die AK-Expertin. Nur 1,3 Prozent des Steueraufkommens werde aus vermögensbezogenen Steuern wie etwa der Grundsteuer und der

Grunderwerbssteuer lukriert. Der OECD-Schnitt liege hier bei 5,7 Prozent, also weit höher. Mit der Einführung von anderen Vermögenssteuern könnten zwei Ziele erreicht werden: Einerseits würden Einnahmen für das öffentliche Budget lukriert. Andererseits könnten sie aber auch dazu beitragen, die Vermögensungleichheit zu reduzieren. Dabei komme es allerdings darauf an, welches Modell man hier umsetze.

## Und die Erbschaften?

Eine Erbschaftssteuer wäre nur im Fall großer Erbschaften zu bezahlen. Werde diese erst ab Hinterlassenschaften im Wert von über einer Million Euro fällig, wären zumindest 97 Prozent der Haushalte nicht

*Ohne Vermögenssteuern wird die aktuelle Krise nicht im Sinne aller zu bewältigen sein.*

betroffen, beruhigt Disslbacher. Die untersten 90 Prozent würden im Durchschnitt 124.000 Euro erben, das oberste Prozent hingegen im Schnitt 3,3 Millionen Euro.

Höhere Einnahmen kann der Staat durch die Besteuerung von großen Vermögen lukrieren. Das würde dem Staatshaushalt helfen, die Ungleichheit aber noch nicht substantiell reduzieren. Disslbacher sagt, dass man sich hier auch progressive Modelle mit stärker steigenden und höheren Steuersätzen anschauen könnte. So sieht etwa ein Vorschlag des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Piketty vor, Vermögen über dem Tausendfachen des Durchschnittsvermögens mit 60 Prozent zu besteuern und Vermögen über dem Zehntausendfachen des Durchschnittsvermögens mit 90 Prozent. Das würde langfristig zu einer Begrenzung sehr hoher Vermögen führen. Für welches Modell man sich am Ende auch entscheide: Ohne Vermögenssteuern werde die aktuelle Krise nicht im Sinne aller zu bewältigen sein, betonen die beiden Expert\*innen. ▀

## Zwei von drei Euro an Steuereinnahmen kommen aus Arbeit und Konsum





**Julia Hofmann**, Abteilung Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien  
**Markus Marterbauer**, Abteilung Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien  
**Matthias Schnetzer**, Abteilung Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien

Zusammengefasst von Anja Melzer

## Wie fair findet Österreich die Einkommens- und Vermögensverteilung?

Die Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen wird in Wissenschaft und Gesellschaft intensiv diskutiert, doch wird sie auch von der Bevölkerung als ungerecht wahrgenommen? Eine Studie der AK Wien zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung die Verteilung von Vermögen für unfair hält und die Spitzeneinkommen als zu hoch empfindet. Gerecht empfinden die Menschen in Österreich eine Verteilung auf Basis eigener Leistung statt einer Geburtslotterie.

Laut Daten des European Social Survey halten drei Viertel der 2.500 Befragten in Österreich die Vermögensunterschiede für ungerecht hoch, deutlich mehr als im EU-Durchschnitt (62 Prozent). Zunehmende soziale Ungleichheit und ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden haben auch gravierende Konsequenzen für die Demokratie. Es besteht die Gefahr, dass das Gleichheitsversprechen liberaler Demokratien verletzt wird, da nicht (mehr) alle sozialen Gruppen das Gefühl haben, dieselbe Chance auf Berücksichtigung ihrer Anliegen im politischen Prozess zu haben, und sich von Prozessen demokratischer Willensbildung (zum Beispiel von Wahlen) zurückziehen. Die sozialen Unterschiede beim Wahlverhalten schreiben sich auch in den politischen Entscheidungen fort. Die Präferenzen und Wünsche aktiver Wähler\*innen werden in der Regel systematischer stärker berücksichtigt als die der Nichtwähler\*innen, was die soziale Ungleichheit weiter verstärkt.

Wirtschaftliche Krisen haben sich oft als Motor zunehmender Ungleichheit erwiesen, da der krisenbedingte Anstieg von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung oft eine Zunahme der Verteilungsunterschiede nach sich zieht. Das ist auch in der aktuellen Krise angesichts von Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Einkommensunsicherheit zu befürchten. Nötige Maßnahmen reichen von progressiven Vermögens- und Erbschaftssteuern über eine Stärkung kollektivvertraglicher Mindestlohnpolitik, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in systemrelevanten Berufen bis zu einem Ausbau sozialer Dienstleistungen.

---

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach.  
 A&W-Blog abonnieren unter [awblog.at/blog-abo](http://awblog.at/blog-abo)**

# Kein Ende bei der Dividende

**Obwohl die meisten ATX-Unternehmen 2020 Gewinneinbußen oder gar Verluste eingefahren haben, haben einige ihre Dividenden sogar noch kräftig erhöht. Es könnte sogar sein, dass Konzerne heuer unterm Strich Rekorddividenden ausschütten.**

TEXT ALEXANDRA ROTTER

Vor etwas mehr als einem Jahr waren die ATX-Konzerne noch optimistisch – darauf lassen ihre damaligen Pläne zu den Dividendenausschüttungen schließen. Sie rechneten Anfang April noch damit, 2020 Rekorddividenden von bis zu 3,5 Milliarden Euro ausschütten zu können. Doch es kam anders: Das Jahr stand im Zeichen der Corona-Krise und war auch für die meisten börsennotierten Unternehmen herausfordernd bis schwierig – und das hatte auch Auswirkungen auf ihre Dividendenpolitik.

So verwarfen fast die Hälfte der ATX-Unternehmen ihre optimistischen Dividendenpläne vorläufig wieder. Markus Oberrauter, Autor des jährlichen „Dividendenreports“ der AK Wien, welcher soeben wieder erschienen ist, sagt: „Einige Unternehmen sind erfreulicherweise zurückgerudert.“ Gründe seien neben wirtschaftlichen Unsicherheiten und verschobenen Hauptversammlungen auch die Appelle von Stakeholdern wie AK und ÖGB gewesen. Insgesamt wurden 2020 nur 1,6 Milliarden Euro an Dividenden ausgeschüttet, also weniger als halb so viel wie geplant.

Ein wichtiger Grund für den Rückgang waren auch die Vorgaben der Europäischen Zentralbank (EZB), aufgrund derer die drei im ATX notierten Banken – BAWAG, Erste und Raiffeisen Bank International (RBI) –

2020 ihre geplanten Dividenden ausgesetzt haben. Die EZB hatte die Banken dazu aufgefordert, für das Geschäftsjahr 2019 von Dividendenzahlungen Abstand zu nehmen, um die Finanzmarktstabilität und die Rolle der Kreditinstitute als Kreditgeber sicherzustellen. Darüber hinaus verzichtete die Lenzing AG auf geplante Ausschüttungen. Andritz, Mayr-Melnhof, die OMV und Uniqa reduzierten ihre geplanten Dividenden.

Doch 2021 sieht die Welt für ATX-Aktionär\*innen wieder anders aus, wie aus dem „Dividendenreport 2021“ hervorgeht,

für den die AK die Höhe der geplanten Dividendenausschüttungen von Österreichs börsennotierten Konzernen analysiert und mit deren Konzernergebnissen verglichen hat. Heuer lagen zum Stichtag 22. April von 17 ATX-Konzernen vollständige Konzernabschlüsse für das vergangene Geschäftsjahr vor. Demnach gelang es nur der Verbund AG, den Gewinn, der den Aktionär\*innen zurechenbar ist, im Vergleich zu 2019 zu erhöhen. Alle anderen Konzerne verzeichneten deutliche Einbußen bei den Ergebnissen. Immofinanz und Schoeller



Bleckmann Oilfield machten gar Verluste. Insgesamt sank das kumulierte, den Aktionär\*innen zurechenbare Ergebnis der 17 Konzerne um mehr als ein Drittel – knapp 39 Prozent – auf 4,9 Milliarden Euro.

Dennoch werden vier ATX-Unternehmen (Uniq, Mayr-Melnhof Karton, Wienerberger und CA Immobilien Anlagen) ihre Ausschüttungspolitik beibehalten und sieben ihre Dividenden – teils kräftig – erhöhen. Am meisten können sich die Anteilseigner\*innen der Andritz AG freuen: Ihre Dividende verdoppelt sich im Vergleich zum Vorjahr. Aber auch die Republik profitiert als Anteilseignerin von den Dividendenerhöhungen bei OMV und Verbund. Die OMV plant mit einer Ausschüttung von 604,9 Millionen (+5,7 Prozent) die höchste Dividendenzahlung innerhalb von zehn Jahren. Oberrauter: „Es kann nicht sein, dass die OMV

*„Es kann nicht sein, dass die OMV für das Corona-Krisenjahr nominell eine Rekorddividende zahlt, die teilweise in die ÖBAG wandert und damit auch dem Finanzministerium zufließt.“*

Markus Oberrauter, AK Wien

für das Corona-Krisenjahr nominell eine Rekorddividende zahlt, die teilweise in die ÖBAG wandert und damit auch dem Finanzministerium zufließt.“ Die Republik als Miteigentümerin einiger ATX-Konzerne sollte aus seiner Sicht eigentlich Vorbildwirkung haben.

### Dividenden trotz Verlust

Besser fände er es, „die Konzerne würden sich in diesem Jahr mit Dividenden zurückhalten“. Viel wichtiger, als Aktionär\*innen profitieren zu lassen, sei es, „in Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren“. Oberrauter nennt als Beispiel die Post AG, wo diese in den Verteilzentren „besonders im Corona-Jahr Enormes geleistet haben“. Zwar ist die Post einer von drei ATX-Konzernen, die ihre Dividenden gegenüber dem Vorjahr fix kürzen (Vienna Insurance Group: -34,8 Prozent, Post: -23,1 Prozent, EVN: -2 Prozent) – bei der S-IMMO gibt es noch keine Festlegung, ob eine Dividende gezahlt wird. Gemessen am Gewinn, ist die Post-Dividende aber mit 91 Prozent beachtlich.

Auffallend findet Oberrauter, dass sogar die Immofinanz, die einen Verlust eingefahren hat, eine Dividende ausschüttet. Er fragt sich: „Ist das das richtige Signal?“ Und vermutet: „Die Unternehmen wollen mit

der Dividendenpolitik die Aktionär\*innen bei Laune halten und ihnen zeigen bzw. den Anschein erwecken, dass sie trotz Krise zahlungskräftig sind.“ Nur zwei Konzerne planen, heuer keine Dividenden auszu zahlen: das Verlustunternehmen Schoeller-Bleckmann und die Lenzing AG, die marginale Gewinne einfuhr.

Einen Sonderfall im „Dividendenreport“ stellen die Banken dar, da sie aufgrund einer Empfehlung der EZB 2020 keine Dividenden ausbezahlt haben. Der durch die EZB vorgegebene Dividendestopp läuft vorläufig bis Ende September 2021, eine Ausschüttung ist bis dahin nur unter bestimmten Bedingungen möglich. Laut Empfehlung der Finanzmarktaufsicht sollten Dividenden höchstens 15 Prozent der kumulierten Jahresüberschüsse der Geschäftsjahre 2019 und 2020 (nach Steuern und auf Einzelinstitutsebene) betragen. Die BAWAG hat heuer im ersten Quartal 40 Millionen Euro an die Aktionär\*innen bezahlt und plant, im vierten Quartal weitere 420 Millionen Euro auszuschütten. Die RBI behält sich vor, zu den geplanten Dividenden von 157,7 Millionen Euro eine zusätzliche Dividendenausschüttung in Erwägung zu ziehen, sobald die Empfehlung der EZB aufgehoben wird: Diese könnte bei 328,6 Millionen Euro liegen.



# „Investitionen in die Qualifizierung und in die Zukunft der Mitarbeiter\*innen sind die besten Absicherungen gegen zukünftige Herausforderungen.“

Barbara Pichler, Betriebsratsvorsitzende Erste Group Bank

## Vertrauensbildende Signale

Die Erste Bank Group will zunächst eine Bardividende von 50 Cent pro Aktie auszahlen und eine Reserve von einem Euro pro Aktie für eine spätere Auszahlung bilden. In Summe könnten dadurch bis zu 640 Millionen Euro ausgezahlt werden, womit die Erste sogar die OMV vom Spitzenplatz im Dividenden-Ranking verweisen würde. Barbara Pichler, Betriebsratsvorsitzende der Erste Group Bank, sieht das positiv, auch wenn die Pandemie noch nicht überstanden ist: Mit den 50 Cent sei „im Wissen, dass die Krise noch andauert“, zunächst ein vorsichtiger Erstvorschlag gemacht worden. „Die Auszahlung des zusätzlichen Euro ist abhängig von der weiteren Pandemie-Entwicklung.“ Die Lockerung der EZB-Empfehlung und der positivere Ausblick seien vertrauensbildende Signale an Eigentümer und Investoren: „Beschlossen wird die Dividende letztendlich aber von der Hauptversammlung.“ Heute blicken Pichler zufolge Regulatoren, Zentralbanken und Banken aufgrund steigender Durchimpfungsraten und positiverer Wirtschaftsprognosen zuversichtlicher in die Zukunft.

Und wie hoch sollten Dividenden sein, damit sie aus Betriebsratsicht noch fair sind? „Als Aufsichtsrätin sage ich: Eigentümer sind – wie auch Mitarbeiter\*innen und Kund\*innen – Stakeholder, und es geht darum, eine gute Balance bei den

Ausschüttungen zu schaffen.“ Als Betriebsrätin kämpfe Pichler natürlich für die Mitarbeiter\*innen. Wünscht sie sich, dass mehr Geld investiert würde, anstatt es an Aktionär\*innen auszuschütten? „Natürlich wünsche ich mir als Betriebsrätin mehr. Die Erste Group soll ein attraktiver Arbeitgeber in der Region bleiben.“ Aktuell hält sie eine faire Unterstützung beim Thema Homeoffice und eine gute ärztliche Versorgung in der Zukunft für wichtig. Sie spricht den Kolleg\*innen in allen Ländern ihre Hochachtung aus: „Sie haben im vergangenen Jahr durch ihre Loyalität zum Unternehmen und persönliches Engagement schier Unglaubliches geleistet, um den Kund\*innen und Mitarbeiter\*innen ein stabiles Umfeld in so volatilen Zeiten zu schaffen. Ihnen gebührt Respekt und finanzielle Anerkennung.“ Sie hätten die Erste Group gut durch die schwierige Zeit gebracht. „Damit liegt für mich auf der Hand: Investitionen in die Qualifizierung und in die Zukunft der Mitarbeiter\*innen sind die besten Absicherungen gegen zukünftige Herausforderungen.“

## Hohe Ausschüttungsquoten

Das findet auch „Dividendenreport“-Autor Oberrauter: „Wir haben in der Vergangenheit gesehen: Unternehmen, die in ihre Fachkräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investieren, kommen gestärkt aus

Krisen heraus.“ Das müssten nicht immer monetäre Investitionen sein, es gehe auch um Aus- und Weiterbildung. Doch Oberrauter hält es für verfrüht, dass Banken Dividenden planen: „Die Kreditinstitute sollten weiterhin besser keine Dividenden ausschütten, weil es immer noch Riesenunsicherheiten gibt: Sie wissen nicht, welche Insolvenzen und Kreditausfälle noch auf sie zukommen. Es wäre besser, die Mittel im Betrieb zu lassen und die Liquidität sicherzustellen.“

Und schließlich kritisiert Oberrauter die Ausschüttungsquote der ATX-Konzerne, also die Dividendenausschüttungen, gemessen am Jahresüberschuss. Diese liegt laut „Dividendenreport“ mit 49,5 Prozent (und bei Berücksichtigung der angedachten Dividendenzahlungen der Kreditinstitute mit 64,9 Prozent) deutlich über dem Niveau der Vorjahre: 2019/20 lag sie bei 19,8 Prozent, 2018/19 bei 38,9 Prozent. Das sei angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht einzusehen. Alles, was über ein Drittel der Gewinne hinausgehe, sei „definitiv zu hoch“, auch wenn Oberrauter zugesteht, dass börsennotierte Unternehmen ihren Anleger\*innen „ein bisschen was gewähren“ müssten.

Das Dividendenvolumen der 17 untersuchten Unternehmen liegt derzeit übrigens bei 2,4 Milliarden Euro, könnte aber durch die Zusatzdividenden im Spätherbst bei rund 3,2 Milliarden Euro liegen – und das wäre sogar ein weiterer neuer Rekord. ▀

# Wofür kämpft ihr im Aufsichtsrat während der Pandemie?



## MARGARETHE GEHL

**BR-VORSITZENDE, PORSCHÉ**

Der Belegschaft die Sorge um Zulieferprobleme, Produktionsstillstände und ausbleibenden Kundenkontakt, verbunden mit Zukunftsängsten, zu nehmen, ist nur eine unserer täglichen Herausforderungen. Die Sitze der Arbeitnehmer\*innenvertretung im Aufsichtsrat vermitteln den Kolleg\*innen Vertrauen in die gleichrangigen Unternehmensziele „Wirtschaftlichkeit“ und „Erhaltung von Arbeitsplätzen“.



## MARCUS EDER

**BR-VORSITZENDER, OTTO BOCK HEALTHCARE PRODUCTS**

Das Corona-Jahr war für alle ein sehr forderndes. Als Betriebsrat eines Produzenten von Medizinprodukten sind wir besonders in dieser schwierigen Zeit gefordert, zu liefern und gleichzeitig für die größtmögliche Sicherheit unserer Mitarbeiter\*innen zu sorgen. Wir haben annähernd die gleiche Schlagzahl in der Produktion erreicht, und es kam zu keinen pandemiebedingten Kündigungen.



## IRMGARD GETTINGER

**BR-VORSITZENDE, BÖHRINGER-INGELHEIM**

Die größte Herausforderung für mich war die Zweiteilung der Belegschaft – ein Teil musste weiterhin am Standort arbeiten, um Produktion, Bauprojekte und Forschung am Laufen zu halten. Der andere Teil war im Homeoffice. Das gemeinsame Ziel aller im Pharmaunternehmen in dieser Zeit war, den Markt trotzdem weiterhin mit lebenswichtigen Medikamenten zu versorgen.

# Zusammen ist man weniger allein

*Große Kapitalgesellschaften haben eine Besonderheit: Ihre Aufsichtsräte müssen zu einem Drittel mit Arbeitnehmervertreter\*innen besetzt sein.*

*Wie sind Arbeit und Kapital bisher gemeinsam durch die Krise gekommen?*

*Vier Betriebsrätinnen geben Einblicke ins Corona-Jahr.*

TEXT MICHAEL MAZOHL



Betriebsratsvorsitzende Olivia Janisch sitzt im ÖBB-Aufsichtsrat: „Wir hatten 2020 einen Umsatzeinbruch von 700 Millionen Euro – hier gegenzusteuern und dabei das Wohl und den Schutz der Belegschaft im Fokus zu haben, war eine besondere Verantwortung.“

Der Wind spielt mit ihren Haaren. „Macht nix, es sind ja stürmische Zeiten!“, sagt Marianne Novotny-Kargl gelassen, während sie sich auf die Kamera unseres Fotografen konzentriert. Wir treffen sie auf der Wiener Ringstraße, zwischen Weltmuseum und Kunsthistorischem Museum. Novotny-Kargl ist Betriebsratsvorsitzende des KHM-Museumsverbands, zu dem diese beiden Museen und auch das Theatermuseum gehören. Sie ist damit für Häuser zuständig, die im vergangenen Jahr zusperren mussten, aufsperrten durften und das immer wieder im Kreis, für Beschäftigte, die sich plötzlich in Kurzarbeit wiederfanden, dann im Vollbetrieb – und auch das immer wieder. Dazu kamen Verordnungen, Sicherheitskonzepte, neue Verordnungen und noch mehr neue Sicherheitskonzepte.

Stürmisch eben, wie Marianne Novotny-Kargl über ein Jahr Pandemie zusammenfasst. Dabei wirkt sie selbst wie ein Wirbelwind, energisch, optimistisch, entgegenkommend und ein kleines bisschen schrullig, wie man sich studierte Restaurator\*innen ja irgendwie vorstellt. Wenn es im Kuratorium der Museen – ein Gremium, das mit einem Aufsichtsrat vergleichbar ist und dem sie als Betriebsrätin angehört – um Verschlechterungen für ihre 750 Kolleg\*innen geht, wird sie aber zum Orkan.

## Tiefe Einblicke

Betriebsratsmitglieder in Aufsichtsgremien wie Kurator\*innen sind nicht unüblich, in Aufsichtsräten sind sie in Österreich sogar eine Selbstverständlichkeit – aber nur, weil es gesetzlich im Arbeitsverfassungsgesetz so festgelegt ist. Ein Drittel der Aufsichtsratsposten von Aktiengesellschaften und größeren GmbHs muss mit Betriebsrät\*innen besetzt werden.

Das hat seine Vorteile: Im Aufsichtsrat kommt der Betriebsrat zu Informationen, die ganz wesentlich für die Interessenvertretung im Unternehmen sind. „Das betrifft insbesondere Details zu Unternehmensentscheidungen, die Auswirkungen auf Mitarbeiter\*innen haben oder den Status und die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation“, erklärt Julia Böhm, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Erste Bank, und ergänzt: „Die Mitwirkungsmöglichkeit im Aufsichtsrat für den Betriebsrat ist essenziell, ganz unabhängig von der Pandemie.“ Ihr Pendant bei der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien, Eva Tatschl, sieht das ähnlich: „Wir bekommen so tiefe Einblicke in die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung des Unternehmens, die wir sonst nicht hätten.“

## Besondere Verantwortung

In Österreich gibt es etwa 3.000 Betriebsrät\*innen, die wie Julia Böhm und Eva Tatschl in den Aufsichtsrat, in ihrem Fall der jeweiligen Bank, bestellt wurden. In der Natur der Sache liegt, dass es sich dabei um größere Unternehmen und Konzerne handelt. Etwa



„Wenn es den Mitarbeiter\*innen gut geht, dann wird es auch dem Unternehmen gut gehen“, sagt die Betriebsratsvorsitzende des Kunsthistorischen Museums, Marianne Novotny-Kargl.

die Hälfte der Unternehmen, bei denen Betriebsrät\*innen im Aufsichtsrat sitzen, hat mehr als 500 Beschäftigte, jedes zehnte sogar mehr als 5.000. Eine weitere dieser 3.000 Auserwählten ist Olivia Janisch im Aufsichtsrat der ÖBB-Holding AG. Die ÖBB wurden im vergangenen Pandemie-Jahr hart getroffen, wie sie zusammenfasst: „Die ÖBB hatten im Jahr 2020 einen Umsatzeinbruch von 700 Millionen Euro – hier gegenzusteuern und dabei das Wohl und den Schutz der Belegschaft immer im Fokus zu haben war eine besondere Verantwortung.“

Der Strukturwandelbarometer, der laufend von der Arbeiterkammer erhoben wird, zeigt etwas genauer, womit sich die Betriebsrät\*innen im vergangenen Jahr herumschlagen mussten. Das mit Abstand häufigste Thema waren Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen. In beinahe allen Unternehmen ging es notgedrungen um Homeoffice, aber auch um den Abbau von Urlaub und Gutstunden zur Reduktion von Rückstellungen in den Bilanzen. Kurzarbeit gab es in zwei von drei Unternehmen mit Betriebsrat.

„Im ersten Lockdown stellte sich die Frage, ob die ausgegliederten Bundesinstitutionen wie unsere Museen überhaupt Kurzarbeit beantragen können. Hier wurde vonseiten des Betriebsrates als auch von der Geschäftsführung bei den zuständigen Politiker\*innen, nämlich bei der damaligen Staatssekretärin Ulrike Lunacek und Eva Blimlinger von den Grünen, interveniert. Die Arbeiter-

kammer und die GÖD standen uns dabei ständig beratend zur Seite“, erzählt Marianne Novotny-Kargl vom KHM-Museumsverband. Schließlich waren von Anfang April bis Ende Juni 2020 die Hälfte der 750 Beschäftigten ihrer Museen in Kurzarbeit.

Von Kurzarbeit in großem Ausmaß kann auch Olivia Janisch ein Lied singen: „Bei den ÖBB waren über 6.000 Kolleg\*innen in Kurzarbeit. Hier hat die Belegschaft starken Zusammenhalt bewiesen, da auch jene Kolleg\*innen in die Kurzarbeit gingen, die dies aufgrund ihrer vertraglichen Stellung nicht hätten tun müssen. Das nennt man gelebte Solidarität!“ Und sie ergänzt: „Die Kurzarbeit ist ein hervorragendes Beispiel dafür, warum die Sozialpartnerschaft Österreich erfolgreich gemacht hat.“

### Sozialpartnerschaft reloaded

Im Prinzip bilden Betriebsrat und Management in ihrem Unternehmen so etwas wie eine „kleine Sozialpartnerschaft“. Eine Studie der Arbeiterkammer aus dem Jahr 2019 zeigt, dass diese Zusammenarbeit in der Regel sehr gut funktioniert. Jede\*r fünfte der darin befragten Betriebsrät\*innen gibt an, dass Beschlussfassungen im Aufsichtsrat „immer“ einstimmig erfolgen. Bei beinahe allen anderen gibt es Einstimmigkeit „fast immer“ oder zumindest „meistens“.

Dabei ist die Ausgangslage für die Betriebsrät\*innen alles andere als einfach: Sie bestellen ein Drittel des Aufsichtsrats – und stehen damit einer Mehrheit von Kapitalvertreter\*innen gegenüber. Häufig müssen sie entscheiden, ob sie ambivalente Auswirkungen

von Unternehmensstrategien mittragen oder verhindern müssen, selbst wenn zu dem Zeitpunkt noch gar nicht klar sein kann, wie die Mitarbeiter\*innen konkret betroffen sein könnten.

Ein korrektes Arbeitsverhältnis zwischen Betriebsrat und Management ist daher kein Nachteil – schließlich ist die Zusammenarbeit nicht auf etwa vier Aufsichtsratssitzungen reduziert, sondern viele Entscheidungen müssen in Vorbesprechungen abgestimmt werden. Die AK-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein Fünftel der befragten Betriebsrät\*innen die Zusammenarbeit als „sehr gut“ bewerten, über die Hälfte immerhin „gut“. Aber hat sich das im Laufe der Pandemie verändert?

*„Die Kurzarbeit ist ein hervorragendes Beispiel dafür, warum die Sozialpartnerschaft Österreich erfolgreich gemacht hat.“*

Olivia Janisch, BR-Vorsitzende ÖBB

### Zusammenhalt stärker als Konflikte

Marianne Novotny-Kargl befindet: „Am Anfang der Pandemie war der Informationsaustausch zwischen Management und Betriebsrat sehr gut. Allerdings mussten wir des Öfteren die Geschäftsführung daran erinnern, Kolleg\*innen im Homeoffice oder in der Kurzarbeit mehr Informationen zukommen zu lassen.“ Aber nicht nur das: „Manche E-Mails der Geschäftsführung mussten von uns auch extra erklärt werden.“ Im Großen und Ganzen habe die Krise aber einen Zusammenhalt bewirkt. Dem stimmen auch Julia Böhm von der Erste Bank und Eva Tatschl von der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien zu. Das Verhältnis zum Management und die Zusammenarbeit seien unverändert gut – auch der Umstieg auf Videokonferenzen habe dem keinen Abbruch getan.

Olivia Janisch von den ÖBB beschreibt ein gemeinsames Verantwortungsbewusstsein zwischen Management und Betriebsrat für alle Mitarbeiter\*innen: „Die Kolleg\*innen halten das Land auch in der Krise am Laufen und bringen Menschen und Güter sicher ans Ziel. Maßnahmen zum Schutz der Belegschaft haben immer oberste Priorität.“ Dazu gehört eine Taskforce mit einem Konzernkoordinator für das Krisenmanagement, eine eigene ÖBB-Corona-Ampel, eine Betriebsvereinbarung zur Durchführung von COVID-Tests und auch

Was bringt ein Platz im Aufsichtsrat? „Wir bekommen so tiefe Einblicke in die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung, die wir sonst nicht hätten“, erklärt Eva Tatschl von der Raiffeisenlandesbank Wien-NÖ.



Homeoffice. Was nicht bedeutet, dass nicht da und dort hart verhandelt wurde und weiterhin wird: „Natürlich gab es im Aufsichtsrat auch intensive Debatten, die auch dieses Jahr zu führen sind. Die Folgen der Krise beschäftigen uns ja weiterhin, und die Herausforderungen insbesondere im Schienengüterverkehr sind groß.“

## Schutz der Beschäftigten im Fokus

Banken als systemrelevante Betriebe mit intensivem persönlichem Kundenkontakt waren besonders herausgefordert, ihre Beschäftigten vor Infektionen zu schützen. Die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien richtete unter maßgeblicher Einbindung des Betriebsrats eine Taskforce namens „Team Gesundheit“ ein. Diese entschied alle erforderlichen Maßnahmen und koordinierte deren Umsetzung, vom Ankauf und der Verteilung von MNS- und FFP2-Masken über Luftreinigungsgeräte, kostenlose Selbsttests bis hin zur Umstellung auf Homeoffice. Nicht nur auf die körperliche Gesundheit wurde dabei geachtet – auch Betriebspsycholog\*innen wurden verstärkt eingebunden.

In den Museen hingegen war anfangs überhaupt nicht klar, ob und, wenn ja, welche Bereiche als sicherheits- und systemrelevant gelten. Kunstgegenstände kann man schließlich nicht mehrere Monate lang verstauben lassen. „Hier durchzusetzen, dass nicht nur der Sicherheitsdienst, sondern auch Restaurator\*innen systemrelevant sind, war nicht so einfach“, berichtet Marianne Novotny-Kargl. Auch die Kurzarbeit war hart umkämpft – so gibt es eine Reihe wissenschaftlicher Mitarbeiter\*innen, bei denen zunächst nicht klar war, ob sie im Homeoffice weiterarbeiten können oder in Kurzarbeit geschickt werden. Der finanzielle Druck war groß, denn geschlossene Museen bedeuten einen starken Verlust an Einnahmen durch Tickets: „Es wurde hier entschieden, allgemein so viele Mitarbeiter\*innen wie möglich in Kurzarbeit zu schicken. Die Geschäftsführung hatte zum damaligen Zeitpunkt keine klare Zusage, ob es eine Verlustabgeltung für den finanziellen Schaden durch die Pandemie geben wird.“

## Strukturelle Veränderungen meistern

Der Strukturwandelbarometer der Arbeiterkammer zeigt, dass die Reaktionen der Unternehmen auf die Pandemie über kurzfristige Maßnahmen weit hinausgehen. Über die Hälfte der darin befragten Betriebsrät\*innen berichtet von Umstrukturierungen und Einsparungsprogrammen. Als ein ebenso großes Thema wird aber auch die soziale Verantwortung gegenüber Mitarbeiter\*innen gesehen. Ein Drittel der Unternehmen nutzt die Krise, um sich in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln. Ebenso viele versuchen Teile ihres Absatzes in das Internet zu verlagern.

Bisher steht fest: Um die Banken muss man sich wegen der Pandemie wenig Sorgen machen. Bei systemrelevanten Verkehrsbetrie-



**„Die Mitwirkungsmöglichkeit im Aufsichtsrat für den Betriebsrat ist essenziell, ganz unabhängig von der Pandemie“, so die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Erste Bank, Julia Böhm.**

ben wie den ÖBB sieht das schon anders aus. Der ÖBB-Konzern musste ein 350 Millionen Euro schweres Sparpaket zur Schließung der krisenbedingten Finanzlücke schnüren. Olivia Janisch erklärt die Hintergründe, die über den augenscheinlichen Einbruch von Fahrgastzahlen und dem Güterverkehr hinausreichen: „Wesentliche Instrumente zur Stützung des Bahnsektors waren das Aussetzen des Infrastrukturbenützungsentgelts für alle Eisenbahnunternehmen und die Notvergabe auf der Westbahnstrecke.“ Gegengesteuert wurde bei den ÖBB zusätzlich mit Einsparungen beim Personal. COVID-bedingte Kündigungen konnten allerdings dank Kurzarbeit vermieden werden.

## Es bleibt stürmisch

Was Kündigungen betrifft, deutet der Strukturwandelbarometer allerdings eine negative Entwicklung an. Während im September 2020 nur jede\*r elfte Befragte von Kündigungen berichtete, war es im Jänner 2021 bereits jede\*r sechste. Maßgeblich dürfte – selbstredend – das Infektionsgeschehen und vor allem der Fortschritt bei den Impfungen sein, was sich wiederum auf die Weiterführung der Kurzarbeit auswirken wird. Der Ökonom Gabriel Felbermayr, designierter Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO mit wirtschaftsliberaler Schlagseite, hat bereits durchklingen lassen: Seine Empfehlung laute, die Kurzarbeit bald auslaufen zu lassen. Arbeiterkammer und ÖGB warnen davor.

Der Sturm der Pandemie wird sich also so schnell nicht legen, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen werden uns noch lange beschäftigen. Vielleicht werden die Betriebsrät\*innen in den Aufsichtsräten sogar noch stärker darin gefordert sein, „ihre Leute“ zu schützen. Als Fazit appelliert Marianne Novotny-Kargl dabei an die Unternehmer\*innen: „Wenn es den Mitarbeiter\*innen gut geht, dann wird es wohl auch dem Unternehmen gut gehen.“ ▸

# ... nur müsst' man dann besser verteilen

*Die kapitalistische Wirtschaft hat gesellschaftlichen Reichtum geschaffen wie nie zuvor in der Geschichte. Aber sie hat einen Pferdefuß: Sie verteilt den Reichtum sehr ungerecht. Gewerkschaften haben die Aufgabe, diesen Mechanismus zu durchbrechen.*

TEXT BRIGITTE PELLAR

Der Titel stammt aus einem Liedtext des Kinderbuchautors James Krüss. Der ganze Satz lautet: „Wir könnten den Hunger schon heilen, nur müsst' man dann besser verteilen.“ Der Song, den Udo Jürgens einmal für das UNO-Kinderhilfswerk UNICEF komponiert und gesungen hat, stand in den 1970er-Jahren im Liederbuch der Wiener Volksschulkinder. Es ging um die globale Ungleichverteilung, die ja auch 2021 keineswegs verschwunden ist, wenn man zum Beispiel an die Zugangsmöglichkeiten zum COVID-Impfstoff für die armen Länder der Welt denkt.

Dass die ungleiche Verteilung auch wieder ein Thema innerhalb der reichen Länder und für ihre Gewerkschaften werden könnte, daran dachte damals kaum jemand. Zwar war der Zugang zum volkswirtschaftlichen Reichtum nach wie vor alles andere als gerecht, aber durch eine fortschrittliche Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik konnte ein wenig davon von „oben“ nach „unten“ verteilt werden – etwa durch die Einführung der 40-Stunden-Woche. Das ist nur ein Beispiel, das belegt, was die Gewerkschaftsbewegung schon immer wusste und der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty in seinem Megaseiter „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ durch aktuelle Forschungsergebnisse untermauert:

„Die Geschichte der Vermögensverteilung ist immer auch eine durch und durch politische Geschichte und lässt sich nicht auf rein ökonomische Mechanismen reduzieren. ...



Die Geschichte der Ungleichheit hängt von den Vorstellungen der ökonomischen, politischen und sozialen Akteure über Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit sowie von den Kräfteverhältnissen zwischen ihnen ... ab.“

Die Diskussion um die realistische Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den „Akteuren“ war seit Beginn der Arbeiter\*innenbewegung vor mehr als 150 Jahren entscheidend für den Weg der politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Denn auch einige der „Arbeiterführer\*innen“ der ersten Stunde hielten es für unmöglich, im Kapitalismus ein gutes Leben für alle durchzusetzen, etwa der Deutsche Ferdinand Lassalle oder der Engländer John Weston. Lassalle war wie Weston überzeugt, dass es das „eiserne Lohngesetz“ des Kapitalismus unmöglich mache, für die Arbeiter\*innen mehr als gerade einmal die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse zu erreichen. Gewerkschaftstätigkeit könne unter diesen Bedingungen nichts ausrichten, der einzig richtige Weg sei, dass die Arbeiter\*innen selbst Unternehmen betreiben.

Der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Karl Marx widersprach dieser These 1865 heftig. Er hatte zusammen mit anderen in London die „Internationale Arbeiterassoziation“ gegründet, weil er überzeugt war, dass Wissenschaftler\*innen verpflichtet seien, für ihre Erkenntnisse auch im gesellschaftlichen und politischen Leben einzutreten. Bei einer Sitzung des Generalrats dieser Organisation erklärte er, warum auf Gewerkschaften nicht verzichtet werden könne: erstens, weil auch im Kapitalismus für die arbeitenden Menschen mehr als das Lebensnotwendige herauszuholen sei, und zweitens, weil sie mit ihrem täglichen Kampf um Verbesserungen ein Gegengewicht zu den herrschenden Interessen sein können:

„Bürger Weston illustrierte seine Theorie, indem er euch sagte, dass, wenn eine Schüssel eine bestimmte Menge Suppe enthält, die von einer bestimmten Anzahl von Personen gegessen werden soll, eine Steigerung in der Breite der Löffel keine Steigerung der Menge der Suppe hervorbringen würde. Er muss mir gestatten, diese Illustration ziemlich ausgelöffelt zu finden ... Bürger Weston für sein Teil hat vergessen, dass die Schüssel, aus der die Arbeiter essen, mit dem ganzen Produkt der nationalen Arbeit gefüllt ist und dass es weder die Kleinheit der Schüssel noch die Knappheit ihres Inhalts ist, was sie daran hindert, mehr herauszuholen, sondern nur die Kleinheit ihrer Löffel ... Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals.“

Die österreichischen Gewerkschaften haben diese Funktion als Gegenmacht immer ernst genommen, und gerade deswegen weht ihnen wieder einmal ein scharfer Wind entgegen. ▮



„Der Teufel schießt immer auf den größten Haufen.“ Mit diesem Bild illustrierte Peter M. Hoffmann das Verteilungsproblem der kapitalistischen Wirtschaft, dem ständig gegengesteuert werden muss.

## *Besser mit Betriebsrat als ohne*



**BARBARA TEIBER**  
VORSITZENDE DER GPA

**A**uf einmal heißt es: Schluss, aus, die Firma ist insolvent. Das Unternehmen hat die Krise nicht überlebt. Wenn es jetzt einen Betriebsrat gibt, dann beginnen die Verhandlungen für einen Sozialplan. Gibt es keinen, dann sind die Beschäftigten auf sich gestellt.

Das ist nur ein Beispiel dafür, dass Betriebsrätinnen und Betriebsräte in der aktuellen Situation von unschätzbarem Wert für Beschäftigte sind. Nicht nur beim Verhandeln von Sozialplänen, auch bei Regelungen zur Kurzarbeit, Betriebsvereinbarungen zum Homeoffice oder maßgeschneiderten Lösungen für Corona-bedingte Probleme im Betrieb haben sich Betriebsrätinnen und Betriebsräte als starke Stimme der Arbeitnehmer\*innen gezeigt.

Ob Krise oder nicht: Der Betriebsrat ist der erste Ansprechpartner, wenn es um konkrete Anliegen der Kolleg\*innen geht. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass es andere Dienstkleidung braucht, dass Probleme bei der Überstundenabrechnung gelöst werden müssen, dass ein Betriebsausflug geplant ist oder eine schwangere Beschäftigte Rat braucht, was beim Antritt ihrer Karenz zu beachten ist. In großen Unternehmen sitzen Betriebsrätinnen und Betriebsräte auch im Aufsichtsrat.

Das klingt nach einer Aufgabe für Tausendsassa. Meist aber bestehen Betriebsräte aus mehreren Personen, die alle ihre Stärken und Talente einsetzen können. Im Hintergrund unterstützen die Gewerkschaften und stehen natürlich mit jahrzehntelanger Erfahrung zur Seite.

Schon jetzt hat die Hälfte aller Arbeitnehmer\*innen in Österreich eine betriebliche Interessenvertretung. Damit sich diese Zahl noch weiter erhöht, hat der ÖGB gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Initiative gestartet. Unter dem Titel „Mir reicht’s!“ suchen wir Beschäftigte, die sagen: „Ich will endlich aktiv werden und etwas tun!“ Wir bringen sie mit erfahrenen Betriebsrätinnen und Betriebsräten zusammen, beraten sie und unterstützen sie bei der Gründung eines Betriebsrats in ihrem Unternehmen. Wer auf den Geschmack gekommen ist, kann sich online unter [www.mir-reicht.at](http://www.mir-reicht.at) informieren – und vielleicht ja auch bereits bald für seine eigenen Kolleg\*innen durchstarten. ►

[shop.oegbverlag.at](https://shop.oegbverlag.at)



## Von der Schwangerschaft bis zum Schuleintritt

Ihre Rechte bei Mutterschutz, Karenz und Elternteilzeit

Mag.<sup>a</sup> Bianca Schrittwieser, Kammer für Arbeiter und Angestellte, Abteilung Frauen und Familie

Mag.<sup>a</sup> Hermin Karout, Kammer für Arbeiter und Angestellte, Abteilung Arbeitsrecht

Ratgeber / 2. Auflage 2021 / 240 Seiten / EUR 29,90

ISBN 978-3-99046-467-0

Buch + e-Book

Das Buch behandelt alle Fragen von Beginn einer Schwangerschaft bis zu den ersten Lebensjahren des Kindes. Wann und wie muss die Schwangerschaft gemeldet werden? Welche Beschäftigungsverbote gibt es für schwangere ArbeitnehmerInnen? Wann beginnt der Kündigungs- und Entlassungsschutz bei Schwangeren, und wann endet er? Welchen Schutz haben Schwangere, die sich in einem befristeten Arbeitsverhältnis befinden? Das sind nur einige der vielen Fragen rund um das Thema Mutterschutz, die in diesem Ratgeber ausführlich behandelt werden. Neu in der zweiten Auflage aufgenommen ist die Thematik Papamonat: Dieser wurde am 1.9.2019 eingeführt und betrifft berechnete Geburtstermine ab 1.12.2019.

### Webtipp



## sozialleistungen.at

Sozialstaat im Überblick

Auf der Plattform [sozialleistungen.at](https://www.sozialleistungen.at) stellt die AK Wien umfassende Informationen über den österreichischen Sozialstaat und seine Leistungen bereit.

Alle Interessierten finden hier:

- > zentrale Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von Anspruchsvoraussetzungen bis hin zu praktischen Hinweisen zur Antragstellung
- > Wissenswertes zum Sozialstaat und seinen Leistungen, u. a. mit Bezug auf Corona
- > kostenlosen digitalen Zugang zum Standard-Nachschlagewerk „Sozialleistungen im Überblick“
- > einen umfangreichen Publikationenbereich mit weiterführenden Literaturtipps sowie zahlreiche Links zu Beratungsbroschüren der AK Wien

**Alle Infos: [www.sozialleistungen.at](https://www.sozialleistungen.at)**

### Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

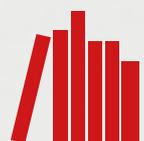
Rathausstraße 21, 1010 Wien

[shop@oegbverlag.at](mailto:shop@oegbverlag.at)

Telefon 01/405 49 98-132

Fax 01/405 49 98-136

**Versand-  
kostenfrei  
ab 30 EURO  
Bestellwert!**



Elvira Eisner,  
Betriebsratsvorsitzende  
bei Landena KG

Wer im Betrieb wirklich  
etwas verändern möchte,  
sagt **mir-reichts.at**

**Dein Betriebsrat.  
Deine starke Stimme für:**

- › mehr Geld – höheres Einkommen
- › mehr Sicherheit und Stabilität
- › bessere Arbeitsbedingungen
- › mehr Sozialleistungen
- › bessere Weiterbildung

**Gründe auch du einen Betriebsrat –  
wir begleiten dich und sind für dich da.**



**MIR-REICHTS.AT**  
**0800 22 12 00 60**

**OGB**

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,  
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls  
die neue oder richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür  
\_\_\_\_\_  
Postleitzahl Ort

AW